ZS-0902-01
Coop.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1948/56

Vernehmung des Dr. Walther FUNK
vom 12.9.1946 von 10⁰⁰ - 11³⁰
durch Mr. PEISER und Miss ARBUTHNOT

Mr.Cooper: Herr Dr. Funk, ich glaube Mr. Booth hat Sie ueber den Zweck dieses Verhoers schon unterrichtet. Haben Sie etwas dagegen, wenn ich Sie vereidige ?

Funk : Ich habe angenommen, dass diese Aussagen lediglich Ihrer Information dienen sollten und nicht beim Gericht verwertet wurden. Wir haben uns bei diesen Verhoeren bisher in einser sehr netten und offenen Form unterhalten. Ich bin heute in einer sehr schlechten gesundheitlichen Verfassung und bitte Sie es dabei zu belassen, dass ich nach Vorlage der Niederschrift meine Aussagen eidesstattlich unterschreibe.

1. Qu. Ich moechte gerne eine Frage an Sie richten, um das Bild von Staatssekretaer Lammers zu vervollstaendigen. Ich selbst habe ihn noch als Ministerialrat im Reichsinnenministerium bekannt. Ich wuerde gerne etwas ueber die Stellung Lammers wissen, die er kurz nach 1933 eingenommen hat. Das Bild schwankt ein wenig, das ~~wir~~ ueber ihn gegeben wird. Manche sagen, er sei ausschliesslich der Botenjunge Hitlers gewesen, andere wieder behaupten, dass er eine selbstaendige Stellung inne hatte.

A. Ich kenne Lammers ganz genau. Ich bin taeglich mit ihm zusammengewesen. Sie muessen sich die ganze Situation von damals vorstellen. Als der Fuehrer am 30.1.1933 zum ersten Male in der Reichskanzlei erschien, fand er dort als seinen Staatssekretaer und als engsten Mitarbeiter des Reichskanzlers den damaligen Staatssekretaer, frueher Ministerialrat Dr. Lammers vor, der bis dahin nur ziemlich lose

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-2

lose Verbindung zur Partei gehabt hatte. Lammers stand den "Deutschnationalen" nah, ueber den nationalen Klub (den ich im uebrigen nicht kenne) hat er wohl Hitler kennen gelernt, angelegentlich einer Feier, ich glaube beim Preussischen Kroenungstag am 18.Januar.

Lammers war dann mit einigen Kreisen der Partei wohl in Fuehlung und er ist, glaube ich, durch Frick fuer den Posten des Staatssekretaers der Reichskanzlei empfohlen worden. Ich wurde selbst noch vom Fuehrer gefragt, ob ich Lammers kenne. Ich kannte ihn oberflaechlich, aber er hatte einen sehr guten Ruf als Staatsrechtler, er galt als charakterlich ausgezeichneter Mann. Ich wuerde ihn schon empfehlen.

Der Pressechef der Reichsregierung, zu dem ich ernannt wurde, war in der Reichskanzlei damals verankert.

2. Qu. Sie waren damals der direkte Nachfolger von Zechlin ?

A . Nein, nicht direkt, hinter Zechlin kam Marx, Sohn des bekannten Historikers Marx. Unter der Regierung Schleicher war Marx Pressechef der Reichsregierung.

Nach wenigen Wochen hoerte meine Taetigkeit als Pressechef der Reichsregierung auf. In der Reichskanzlei waren damals lauter Beamte aus Bruenings Zeiten. Die ganzen Ministerialraete waren Herren, die dem Zentrum nahestanden, die also mit wenig Sympathie der neuen Regierung gegenueberstanden. Hitler wurde damals von jedem als "Wundertier" angestaunt und jeder hatte das Gefuehl, dass der ganze Zauber in einigen Wochen oder Monaten wieder zu Ende sei.

Lammers hatte dadurch eine sehr schwierige Stellung von Anfang an, dass er in der Beamtenschaft als absolut kontraer eingestellt bekannt war. Er hatte sich Dr. Merwald aus dem Innenministerium mitgebracht, der fuer ihn der persoenliche Referent war. Dann holte er sich verschiedene Beamte heran, wie Keller, Dr. Voluhn (?) . Voluhn war Reichskabinettsrat, er war frueher im Wirtschaftsministerium.

- 3 -

00002

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-3

3. Qu. Ist Ihnen in diesem Zusammenhang der Name Fritz Rauch bekannt ? Hatte er mit Lammers zu tun ?

A . Rauch war Adjutant von Lammers. Er ist spaeter erst in Erscheinuhg getreten.

Die Sache spielte sich so ab, dass Hitler gar keine Ahnung von der praktischen Verwaltungstaetigkeit eines Reichskanzlers haben konnte und infolgedessen trug Lammers alles was tagsueber anlief, beamtenmaessig, wie er es gelernt hatte, am Vormittag dem Fuehrer vor. Auch alles was ueber die anderen Ressorts kam.

4. Qu. Glauben Sie, dass Lammers nicht nur in verwaltungsrechtlichen, sondern auch in Fragen allgemeiner Politik im Anfang auf Hitler einen Einfluss auszuueben in der Lage war, oder glauben Sie, dass er einen bestimmten politischen Einfluss auf Hitler ausueben konnte ?

A. Hitler liess sich nur sehr schwer in irgendwelchen Entscheidungen beeinflussen. Man muss zugeben, dass durch die Art und Weise, wie ihm die Sache beigebracht wurde, auch eine gewisse Einwirkung auf eine Entscheidung hier und da herbeigefuehrt werden konnte. Wenn ich jemandem eine Sache richtig vortrage, habe ich es gewissermassen in der Hand, die Entscheidung mitzubestimmen. Aber ob bei entscheidenden politischen Fragen Lammers Einfluss auf Hitler gehabt hat, kann man nicht sagen. Im Kabinett hat Lammers lediglich eine Art Protokoll gefuehrt. Er hat die Vorlagen fuer das Kabinett vorbereitet, diese wurden vorgelegt und dann liess Hitler die einzelnen Ressortminister dazu sprechen. Ich war als Pressechef auch anwesend. Er hat Lammers nicht gut behandelt.

5. Qu. Sie wuerden ohne weiteres annehmen, dass Lammers zum mindesten im Anfang das Vertrauen Hitlers hatte ?

A . Ja, absolut. Lammers war ein absolut vertrauenswuerdiger Mann und hat alles korrekt und sachlich vorgetragen. Wenn Streitigkeiten vorkamen, von aussen her, an die Reichskanzlei,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-0902-4

hat er oft mit mir die Dinge besprochen, weil er auf meinen Rat sehr gehoert hat. Er hat sie dem Fuehrer vorgetragen und auch in verschiedenen Dingen, das weiss ich, eine Entscheidung extraiert, sodass solche Dinge dann abgestellt wurden (Ausschreitungen einzelner SA-Leute gegen die Kirche, gegen die Studenten usw.) , oder wenn ueberhaupt gewalttaetige Dinge vorkamen, oder oeffentliches Unrecht geschah, dann hat Lammers immer versucht vermittelnd auf Hitler einzuwirken, damit diese abgestellt wuerden.

6.Qu. Sie wuerden also nicht sagen, dass Lammers absolut der treue Diener seines Herrn war, der willenlos ohne Widerspruch alles billigte ?

A . Lammers hat oft seine persoenliche Ansicht zum Ausdruck gebracht und wurde dann natuerlich oft von Hitler ueberfahren. Er hat sich redlich bemuecht, da ausgleichend zu wirken und die Dinge abzubiegen und ins Gerade zu bringen, wo Unrecht geschah. Ich entsinne mich genau, es handelte sich um Ausschreitungen der SA, die hin und wieder vorkamen, Ausschreitungen gegen Kirchen, gegen Juden. Das ist mir bekannt, da ist mir eine ganze Reihe von Faellen bekannt.

7.Qu. Im Zusammenhang mit dem Boykott vom 1.April 1933 ?

A . Nein, den hat die Partei gemacht. Im Anschluss daran sind Dinge vorgefallen, die an Lammers herangekommen sind. Im grossen und ganzen ist es so gewesen, dass Lammers versucht hat, eine Verstaendigung herbeizufuehren, vermittelt hat und vor allen Dingen in den Faellen wo Unrecht geschah - wo also dem Gesetz keine Achtung gegeben wurde - hat er jedenfalls vermittelnd gewirkt. Er hat in der damaligen Zeit noch einen einflussreichen Posten gehabt. Er trug ja diese Dinge aus erster Hand Hitler vor, infolgedessen konnte er natuerlich auch in vielen Faellen zunaechst einmal Hitler ins rechte Bild setzen. Hitler war in der damaligen Zeit keineswegs geneigt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-5

geneigt, Exzessen zuzustimmen. Er bemuehte sich damals richtig und nach den Gesetzen zu handeln.

S.Qu. Ist es richtig, dass man sagen kann, dass die Stellung Lammers sank im Verhaeltnis zu dem aufsteigenden Stern von Bormann ?

A. Das ist richtig. Aber da muss man noch eine Zeit vorher beruecksichtigen. Bevor der Stern Bormanns zu strahlen anfing, versuchte sich Hitler immer mehr von dieser korrekten und buerokratischen Arbeit im Sinne von Lammers zu entfernen. Das stoerte ihn, das lag ihm nicht. Diese Vortraege von Lammers liebte er nicht. Erstens schon wegen der Zeit. Jeden Morgen um 10 Uhr erschien Lammers beim Fuehrer. Auch ich hielt einen kurzen Vortrag ueber die Vorlagen, auslaendische Pressemeldungen usw. und Lammers trug in meiner Gegenwart vor was eingelaufen war. In Lammers Haende liefen die Berichte der einzelnen Ressortminister zusammen.
Spaeter durfte er dann nicht mehr selbst vortragen, sondern alles ging zuerst an Bormann und es hing von Bormann ab, ob er Lammers vorliess. Lammers wurde spaeter ueberhaupt beim Fuehrer nicht mehr vorgelassen. Vorher schon versuchte sich Hitler von diesen regelmaessigen Vortraegen immer mehr und mehr zu distanzieren. In dem Augenblick als Hindenburg starb, (1934) hoerte mein regelmaessiger Pressevortrag auf. Dann kam ich nur gelegentlich zu Hitler. Und zu gleicher Zeit hoerten auch die regelmaessigen Vortraege von Lammers auf. Damals fing schon die erste Unterminierung von Lammers durch die Adjutantur des Fuehrers an. Lammers hatte von 1934 ab schon seine liebe Not, ueberhaupt mit seinen Dingen direkt zu Hitler zu kommen und er musste seine Vortraege dann auch ueber die Adjutantur anmelden und die nahm ihm sehr viel weg. Da fing sein Kummer schon an. Er hat ein kummervolles Leben gehabt in der Reichskanzlei. Er ist sehr unter Druck gesetzt worden. Bis 1934 verliefen die Dinge normal; er trug vor und hat sich oft mit Erfolg durchgesetzt. Er hat sich fuer Vernunft, Ordnung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-6

Ordnung, Disziplin und Recht eingesetzt und Hitler hat ihm oft beigestimmt. Dann kamen auch Faelle wie Kirchenfragen, oder wenn einmal Gauleiter verrueckt wurden, (wie Wagner in Muenchen, der aus den Schulen die Kruzifixe herausnehmen liess), oder Belaestigungen von Kirchenfunktionaeren. Diese trug Lammers dem Fuehrer vor. Dieser hat entschieden und Lammers gab seine Anweisungen an die betreffenden Stellen weiter. Bormann hat dann hintenherum andere Anweisungen, entgegengesetzte Anweisungen gegeben. Das Durcheinander im staatlichen Apparat war gross. Uebergriffe der einzelnen Ressorts in die anderen waren an der Tagesordnung, das fing 1934/1935 an und steigerte sich nachher bis zum Exzess. Wir haben den Staat, den wir vorher eroberten durch unsere Disziplinlosigkeit und Nichteinhaltungder Zustaendigkeiten selbst wieder zerstoert.

Folgender Fall z.B.: Ein Gauleiter hatte irgendetwas von Frick verlangt. In solchen Faellen kam das zuerst zu Lammers. Lammers trug das dem Fuehrer vor. Dieser sagte z.B. Ich habe dodh dem Gauleiter gesagt, er soll dem Frick sagen, dass er das so und so machen soll, sodass also der Gauleiter seinen vorgesetzten Minister ueber Entscheidungen des Fuehrers anweisen sollte. Der Gauleiter war Untergebener des Ministers, waehrend er als Gauleiter direkt dem Fuehrer unterstand.

Der Fuehrer hatte eine Methode darausgemacht, einem Menschen einen Verantwortung zu geben und gleichzeitig einen anderen mit hereinzusetzen, der gegen ihn boxte. Das hat er schon in der Partei so gemacht. Bei mir war dieser Fall typisch. Ich war Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft. Das Wirtschaftsministerium bekam Goering. Ich erkundigte mich, ob meine Kompetenzen bestehen blieben. Das OKW hatte sich eingemischt. Ja, die blieben bestehen. In Wirklichkeit hatte diese Kompetenzen der Vierjahresplan, der alle Anweisungen unbeschraenkt geben konnte.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-0902-7

9. Qu. Ich moechte kurz auf einen anderen Fragenkomplex kommen. Es haben damals zwei Raete bestanden: der Geheime Kabinettsrat, der keine Rolle gespielt hat..

A. Der Geheime Kabinettsrat ist nie zusammengetreten, er war nur ein Dekorum.

10. Qu. und der Ministerrat fuer die Reichsverteidigung. Ich glaube dessen Rolle war nicht bedeutend.

A. Er wurde erst 1939 gegruendet. Es gab einen Reichsverteidigungsrat, der 1933 gegruendet wurde, und durch ein besonderes Reichsverteidigungsgesetz von 1938 noch einmal neu konstruiert wurde.

Der Ministerrat fuer die Reichsverteidigung sollte in gewissem Sinne die Aufgabe uebernehmen, die der alte Reichsverteidigungsrat gehabt hat. Er hat sie aber nie uebernommen, weil es der Fuehrer nicht wollte. Es sollte urspruenglich fuer den Fall des Krieges ein Reichsverteidigungsrat in Taetigkeit treten und dieser Reichsverteidigungsrat wurde konstruiert aufgrund eines Geheimgesetzes, das nie veroeffentlicht worden ist. Es gab zwei Reichsverteidigungsgesetze. Als der Krieg ausbrach wurde der Ministerrat fuer die Reichsverteidigung geschaffen unter dem Vorsitz Goerings, waehrend im Reichsverteidigungsrat Goering nicht - soviel ich weiss - den Vorsitz hatte, sondern wohl Hitler selbst oder der Reichskriegsminister. Dass weiss ich nicht genau. Dieser Ministerrat ~~xxx~~ fuer die Reichsverteidigung ist drei oder viermal unter Goering zusammengetreten und hat nachher auch nur noch im Umlaufswege seine Gesetze erledigt.

11. Qu. Hat Lammers mitgewirkt ?

A. Da war Lammers dabei, denn er war sozusagen Geschaeftsfuehrer. In diesem Ministerrat fuer die Reichsverteidigung waren auch der Generalbevollmaechtigte fuer die Verwaltung : Frick und der Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft : ich.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-8

Nach dem Reichsverteidigungsgesetz waren bei diesen beiden Generalbevollmaechtigten eine Reihe von Ressorts zusammengefasst und zwar soweit als diese beiden Generalbevollmaechtigten fuer die einzelnen Ressortminister gesetzmaessige Funktionen erfuellen konnten. Wenn z.B. ein Steuergesetz eingebracht wurde, dann unterschrieb das nicht der Finanzminister, sondern der Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft. Aber das war nun nicht so, dass der Generalbevollmaechtigte bestimmen konnte ueber den Finanzminister. Das war zwar ursprueglich vorgesehen, hoerte aber bereits im Dezember 1939 auf, diese Vollmachten des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft, also Vollmachten bezueglich der einzelnen Wirtschaftsressorts (Finanzminister, Ernaehrungsminister, Arbeitsminister, z.Teil Kirchenminister, Reichskommissar fuer Preisbildung). Er konnte also auf diese Stellen nicht mehr entscheidend einwirken, sondern diese Befugnisse gingen auf den 4 Jahresplan ueber, der fuer alle diese einzelnen Aufgaben bei sich Dienststellen bezw. Generalbevollmaechtigte hatte. - Sie sehen, wie die ganze Verwaltung durcheinander gegangen ist.

12.Qu. Ich glaube, wir koennen uns kuerzer fassen. Was war die Rolle Lammers ?

A . Lammers sollte die Vorlage fuer die Sitzungen des Ministerrates fuer die Reichsverteidigung vorbereiten. Lammers war sehr loyal, aber die Herren von Goering funkten immer dazwischen. Sie wollten von diesem Ministerrat fuer die Reichsverteidigung nichts wissen, der Fuehrer uebrigens auch nicht. Goering wollte diese Dinge lieber selbst regeln aufgrund seiner unbegrenzten Vollmachten fuer den Vierjahresplan. Lammers hatte viel Kummer damit. Die Staatssekretaere Meissner, Neumann, Milch (die Leute um Goering) wollten auch die formalen Dinge in die Haende bekommen. Sitzungen fanden von Goering persoenlich statt, wo er einen Riesenkongress um sich versammelte. Der Ministerrat fuer die Reichsverteidigung bestand aus Goering als Vorsitzender, Hess als Parteiminister, Lammers, Keitel, Frick und ich, das

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-9

das war der engere Kreis.- Dann gab es ein Dreierkollegium. Da waren im 2.Reichsverteidigungsgesetz gleichlautende Vollmachten an den Reichskriegsminister, an den Generalbevollmaechtigten fuer die Verwaltung: Innenminister, an den Generalbevolmmaechtigten fuer die Wirtschaft : Wirtschaftsminister gegeben, um Dinge untergeordneter Bedeutung in Uebereinstimmung - auch abweichend von bestehenden Gesetzen - regeln zu koennen. Dieses Dreierkollegium hat im Prozess eine Rolle gespielt.

13.Qu. Die Fuehrer-Erlasse hat Lammers entworfen ?

A . Die musste er entwerfen und mitzeichnen, aber Bormann hat sich eingeschaltet. Bormann war als "Sekretaer des Fuehrers" nicht nur fuer die Parteiangelegenheiten zustaendig, sondern auch fuer alle staatlichen Angelegenheiten. Damit hat er eine ungeheure Macht bei sich konzentriert. Bormann war gleichzeitig der oberste, also der dem Fuehrer naechste Funktionaer fuer Parteiangelegenheiten -als Sekretaer des Fuehrers- und Hitlers naechster Funktionaer in staatlichen Angelegenheiten.

14.Qu. Ist Ihnen etwas bekannt, ueber eine Reihe von Fonds, die existiert haben und ueber die Lammers offenbar auch verfuegt hat ? "Zwischenkonto", "Dankspendenkonto", Fonds, aus dem in den besetzten und eroberten Gebieten Kunstwerke angeschafft wurden, die fuer das Museum in Linz bestimmt waren. Das war doch ziemlich ungewohnlich.

A . Bei uns war vieles ungewoehnlich. Das lag in der Staatsform, in der Persoenlichkeit Hitlers, aber vor allem in der Staatsform. Es herrschte eine bis zur Spitze getriebene Monokratie, zum Schluss war es reine Despotie. Da kamen solche Dinge vor. Ueber diese Fonds bin ich informiert, da Lammers mir hierueber oefter auch sein Leid geklagt hat. Verwaltet hat sie Lammers. Es kamen alle moeglichen Leute, die fuer diesen Dankspendenfonds zahlten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-10

15. Qu. Geschah das freiwillig ?

A . Ich glaube nicht, dass bei diesen Sachen ein Druck ausgeuebt wurde. Die Adolf Hitlerspende war eine Sammlung. Sie hatte zum Schluss riesige Mittel, bei der Bank der Deutschen Arbeit, die spaeter an die Reichsbank ueberfuehrt wurden. Dann gab es noch den "Kulturfonds", das ist wahrscheinlich das was Sie meinen, zum Ankauf von Gemaelden etc. Wegen dieses Kulturfonds habe ich seinerzeit selbst von der Reichsbank aus Mittel gegeben und zwar auf folgende Weise: Der Fuehrer sprach mich wegen des Museums in Linz an und fragte mich ob nicht irgendwelche Gelder zur Verfuegung stuenden, die man fuer diese Stiftung verwerten koennte. Ja, habe ich ihm gesagt, was die Reichsbank an Geldern hat, das geht an den Finanzminister (bis auf die 5% Dividende), das muesste er schon mit dem Finanzminister regeln.(seinerzeit Schwerin-Crosigk). Oder er muesste, da er (Hitler) auch Chef der Reichsbank war, nach Reichsbankgesetz eine Anweisung geben, eine Reserve hierfuer zu stellen, wenn diese Einkaeufe fuer staatliche Zwecke waeren. Hitler sagte, mit dem Finanzminister moechte er das weiter nicht besprechen. Da war bei der Golddiscontbank das Arbitragengeschaeft. Durch dieses Arbitragengeschaeft gingen bei der Golddiscontbank grosse Betraege ein (ich habe mit dem Fuehrer und Lammers darueber gesprochen), Gelder, die den Finanzminister nichts angingen. Es waren dies Gewinne, die auf reiner privatwirtschaftlicher Basis gemacht worden sind. Z.B. wurde die Einlage von Siemens im Ausland zu 40% zurueckgekauft und die Siemensgesellschaft musste sie zu pari einloesen. Es lagen bei der Golddiscontbank Mittel, die z.B. zur Exportfoerung verwendet werden konnten. Wenn es sich also um staatliche Zwecke handelte, konnte man solche Mittel auch hingeben. Hitler ordnete an, dass solche Gelder von der Golddiscontbank genommen wurden und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-11

wir haben eine ganz betraechtliche Summe, ca. 90 Millionen Mark, im Laufe der Jahre dem "Kulturfonds" zur Verfuegung gestellt. Wofuer das Geld verwendet wurde, weiss ich nicht. Es stand unter Lammers Verwaltung.

16. Qu. Wissen Sie etwas ueber die "Lex Krupp". ?

A. Lammers hat die Sache gefoerdert, ich habe mit unterschrieben, als alles fertigwar. Mit Krupp war es beim Fuehrer so. In Krupp sah Hitler die personifizierte deutsche Ruestungswirtschaft, die Reichsverteidigung auf wirtschaftlichem Gebiet. Er verband den Namen Krupp mit der deutschen Ruestung. Nun waren bei Krupp sehr viele Familienmitglieder, mehrere Kinder von der Berta, deren Soehne hatten auch schon Kinder. Hitler wollte auf jeden Fall vermeiden, dass dieses Krupp-Unternehmen spaeter einaml eine Anonyme-Gesellschaft wuerde. Er wollte fuer dieses Unternehmen den Namen Krupp sichern. Durchgefuehrt hat diese Sache Bormann. Ich habe nur als Ressortminister unterschrieben. Lammers hat unterzeichnet wegen der formalen und staatsrechtlichen Dinge. Ich habe nur mitunterzeichnet aus Zustaendigkeitsgruenden, ich war weder an der Abfassung noch an der Formulierung dieser Sache noch an deren Entstehung beteiligt.

17. Qu. Ist Ihnen etwas bekannt ueber das Ansehen, das Lammers bei der Partei inne hatte ?

A. Bis 1932 war er bei den Deutschnationalen und spielte hier eine gewisse politische Rolle.
Da wir gerade in Nuernberg sind, so kann ich mich erinnern, dass Lammers durch Nuernberg nicht fahren konnte, ohne - wenn ich so sagen darf - sein Leben zu gefaehrden. Streicher trachtete ihm geradezu nach dem Leben. Er hat ihm Drohungen zugestellt und er wurde von der Partei schwer bekaempft. Man aergerte sich, dass ein alter Buerokrat in der Regierung sass, ein Mann, der fuer Recht, Ordnung und Vernunft war. Ebenso wie die Gauleiter mich beschimpften, so haben sie auch Lammers bekaempft.

Bormann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-0902-12

Bormann hat Lammers als einen Mann betrachtet, der ihm im Wege war zu seiner vollen Allmacht, die er anstrebte. Die Gauleiter waren nicht gut auf ihn zu sprechen, auch Goebbels mochte ihn nicht, Ley mochte ~~ihm~~ ihn nicht. Selbst Speer war gegen ihn. Dem war er auch hinderlich, weil Lammers verlangte, dass Speer, ebenso wie die anderen Minister, bei ihm die Vorlagen machen sollte. Persoenlich aber hatte Speer nichts gegen Lammers. Lammers hat mir oft sein Leid geklagt, dass Speer, ohne ihn zu informieren, Fuehrer-Entscheidungen extrahierte und er dann seine liebe Not hatte, mit den einzelnen Ressorts das auszupauken. Denn das griff auf andere Ressorts ueber, besonders auch auf mein Ressort.

18.Qu. Ich haette noch einige wenige Fragen ueber Ihr eigenes Ministerium. Wenn Sie sich gesundheitlich wohl genug fuehlen, die Fragen zu beantworten, so werde ich dieselben in deutsch und englisch an Sie richten, da meine Kollegin Miss Arbuthnot einige Fragen stellen moechte :

xxxx Wir würden gerne etwas wissen ueber die Stellung des Staatssekretaers im Reichswirtschaftsministerium, koennen Sie uns etwas darueber sagen ?

A . Diese Frage verstehe ich nicht recht.

19. Qu. Nach der alten Verfassung, die nicht abgeschafft worden ist, bestimmte der Minister die allgemeinen Richtlinien der Politik und der Staatssekretaer fuehrte sie aus. War dieselbe Situation in Ihrem Ministerium ?

A. Ich habe, da ich kein gelernter Minister bin und auch zum Minister wenig Talent hatte, mein Amt anders gefuehrt als andere Minister es gefuehrt haben. Bei mir war es so, dass der Staatssekretaer jeweils mein Vertrauensmann war, ueber den ich alle Angelegenheiten des Ministeriums regeln liess.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-13

20. Qu. War es eine unmittelbare Zusammenarbeit Ihrerseits mit dem Staatssekretaer ? War es dem Staatssekretaer moeglich, bestimmte Entwuerfe vorzulegen fuer die er nicht von Ihnen Anweisung erhalten hatte ?

A . Sicher. In anderen Ministerien war es so, dass der Minister einen persoenlichen Referenten hatte. Dieser persoenliche Referent gab die Anweisungen des Ministers an die einzelnen Stellen des Ministeriums weiter. Bei meinem Staatssekretaer Landfried war ich schon dazu gekommen, dass nach dieser Richtung hin der persoenliche Referent fast ganz ausgeschaltet war. Ich gab ueberhaupt keine Anweisung an das Ministerium als ueber den Staatssekretaer. Bei Hayler habe ich diesen persoenlichen Referenten ueberhaupt abgeschafft, sodass also der Staatssekretaer gleichzeitig das bei mir war, was in anderen Ministerien der persoenliche Referent war.

21. Qu. Auf diese Weise hatte der Staatssekretaer in Ihrem Ministerium eine groessere Rolle als der Staatssekretaer in anderen Ministerien ?

A . Das kann man wohl sagen. Landfried war der alte versierte Verwaltungsmann, wogegen ich von Verwaltung gar nichts verstand und Hayler war der hervorragende Fachwirtschaftlicher.

22. Qu. Was die Beziehungen des Staatssekretaers zu bestimmten Wirtschaftsgruppen anlangt, hatte er in jedem Einzelfalle sich mit Ihnen ins Benehmen zu setzen, oder war er selbstaendig, hatten sie ihn autorisiert, oder war er berechtigt frei zu handeln ?

A. Er konnte natuerlich mit den Leuten selbst verhandeln und selbst Besprechungen durchfuehren, auch Vortraege halten, aber die Verantwortung hatte ich natuerlich gehabt.

23. Qu. Sie haben also einen Teil Ihrer Amtsbefugnis ganz allgemein auf Ihren Staatssekretaer uebertragen ?

A . Die Stellung des Staatssekretaers war bei mir eine sehr selb-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-14

selbstaendige. Erstens waren beide (Landfried und Hayler) bedeutende Leute, zweitens habe ich mich um Einzelheiten des Ministeriums nie gekuemmert.
Ich habe meine Aufgabe lediglich wirtschafts- und finanzpolitisch aufgefasst, weil ich Politiker war und nicht Verwaltungsmann. Aber die Staatssekretaere haben mich ueber alles genau unterrichtet was sie taten. Wenn sie etwas wichtiges verhandeln wollten, haben sie mich selbstverstaendlich vorher informiert.

24.Qu. Koennen Sie uns ueber die spezielle Stellung Haylers etwas sagen, hinsichtlich seiner Mitwirkung bei der Ausbeutung bestimmter oestlicher Gebiete ?

A . Darueber kann ich nichts sagen. Das hat Hayler nicht als Staatssekretaer gemacht, sondern als Kaufmann und Leiter der Reichsgruppe Handel. Es wurden einzelne Grosshandelsfirmen bestimmt, die dann auf eigenes Risiko in den russischen Gebieten Handel treiben sollten. Die Einzelheiten sind mir nicht bekannt. Es ist mir bekannt, dass viele Hamburger Firmen, die in ihrer fruehren Exporttaetigkeit voellig lahm gelegt waren, durch das Wirtschaftsministerium - wahrscheinlich ist das aber gar nicht so sehr durch das Wirtschaftsministerium als durch das Ostministerium gegangen - im Zusammenhang mit der "Reichsgruppe Handel" auf eigenes Risiko ihre geschaeftliche Taetigkeit z.B. in Riga, Libau usw. ausueben konnten.

25.Qu. Hatte Hayler irgendwelche Beziehungen mit diesen Firmen ?

A . Damals war Hayler noch nicht Staatssekretaer. Da gab es Gesellschaften, wie die "Ostgesellschaft", darin waren einzelne Firmen unter staatlicher Mitfinanzierung und Lenkung zusammengeschlossen. Diese Gesellschaften haben eine sehr nuetzliche Taetigkeit entfaltet. Wichtige Waren aus dem Reich uhd aus anderen besetzten Laendern gingen nach dem Osten, die dort benoetigt wurden, um ein Aequivalent zu geben, denn man hat in Russland unser Geld nicht sehr geschaetzt (oder nicht viel davon gehalten). Dafuer haben diese Gesellschaften andere Waren aufgekauft, Tabak und Rohmaterialien

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-15

Rohmaterialien usw., die dann wahrscheinlich fuer die Ernaehrung zur Verfuegung gestellt wurden.

26.Qu. Ist Ihnen etwas detailliertes bekannt ueber die Rolle der Reichsgruppe Handel, ueber die Verteilung durch die Reichsgruppe Handel. Hatte sie mit dem Arbeitseinsatz etwas zu tun?

A. Mit dem Arbeitseinsatz hatte die Reichsgruppe Handel nichts zu tun. Arbeitskraefte hat der Handel nicht bekommen, im Gegenteil man hat dem Handel alle Arbeitskraefte bis zur letzten Grossmutter weggenommen. Sie muessen sich ein solches Geschaeft zum Schluss des Krieges vorstellen. Da hat die ganze Familie, da haben sogar die Kinder mit arbeiten, mit heranschleppen muessen. Der Handel hatte einen Kampf, um auch nur einige Leute behalten zu koennen, die in lebenswichtigen Betrieben dringend benoetigt wurden. Die Reichsgruppe Handel hat sich natuerlich dafuer eingesetzt, dass sie Arbeitskraefte frei bekam und dass die einzelnen Handelsfirmen das noetigste Personal behalten konnte. Sie hat sich auch bei Sauckel dafuer eingesetzt, dass die Leute ihre Arbeitskraefte behalten konnten.

27.Qu. Koennen Sie uns etwas ueber die Stellung und die Autoritaet der Reichsgruppe Handel sagen, bezueglich der Verteilung von Rohmaterialien ?

A. Bei Lebensmittelfirmen ging die Verteilung ueber den Ernaehrungsminister, bei den Bauern auch ueber das Ernaehrungsministerium, bei anderen Firmen, Textilfirmen, Schuhfabriken, ging die Verteilung aus von den einzelnen Wirtschaftsgruppen (Reichsvereinigung Textil), ~~aber die Reichsgruppe Handel hat nicht stark eingewirkt.~~ Nur in einem anderen Punkt hat sie entscheidend mitgewirkt und zwar in der Rationierung, in der die Reichsgruppe Handel weitgehend bestimmte, ob von 3 oder 4 Handelsfirmen infolge der Not an Arbeitskraeften und Rohmaterialien nur noch eine oder zwei uebrig bleiben sollten.

Am

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-16

Am besten muesste hier Ohlendorf Bescheid wissen, der war Geschaeftsfuehrer der Reichsgruppe Handel. Er war nur ehrenamtlich beim S.D. Ich habe Ohlendorf 1943 kennen gelernt anlaesslich einer Sitzung. Er war Hauptgeschaeftsfuehrer der Reichsgruppe Handel, von seiner Taetigkeit im S.D. habe ich bis vor kurzem nichts gewusst.

28. Qu. Koennen Sie uns etwas sagen ueber die Beziehungen zwischen Hayler und Ohlendorf ?

A. Hayler war Chef, ehrenamtlich, Ohlendorf war Geschaeftsfuehrer, bezahlter, er war Angestellter. Hayler war der ehrenamtliche Chef von Ohlendorf, er war Fachmann, war selbst Kaufmann. Hayler hatte eine Firma in Muenchen und als er Ende 1943 zu mir als Staatssekretaer kam, schied er aus seiner Firma aus.

29. Qu. Wissen Sie etwas ueber die Stellung Haylers als Chef im Reichswirtschaftsrat ?

A. Darueber weiss ich nichts. Das ist fuer mich etwas ganz Neues der Reichswirtschaftsrat.
1933 war eine Sitzung von Hitler (mit Keppler), da wurde der Reichswirtschaftsministerrat gegruendet. Er ist nur einmal zusammengetreten. Karl Bosch hat damals eine Rede gehalten, die sehr missfiel. Nachher ist von diesem Reichswirtschaftsrat nie mehr die Rede gewesen. Jetzt weiss ich auch was Sie meinen, Sie meinen die Reichswirtschaftskammer, wo der Vorsitzende Pietsch war. Das war die Oberste Spitzenorganisation der gesamten Wirtschaft. Da war Hayler als Leiter der Reichsgruppe Handel dabei.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-17
Cop

Dr. Peiser - Ministries Group (Toll)
Mr. Henry Heyman - Wehrmacht Group (Denney)

Vernehmung des Dr. Walther FUNK
durch Mr. Cooper
am 16. September 1946 von 10 Uhr - 10.45 Uhr

Institut f. Zeitgeschichte München
ARCHIV
1948/56

1. F. Ich habe heute ganz wenig Fragen an Sie zu stellen.

Koennen Sie sich an die Auflage vom "Voelkischen Beobachter", "Mein Kampf" und "Angriff" von 1932 erinnern?

A. Davon, welche Auflage der "Voelkische Beobachter" hatte, habe ich keinen Begriff.

2. F. Schaetzungsweise?

A. Das ist schwer zu sagen. Der "Angriff" hatte vielleicht 40.000, 50.000; schaetze ich.

3. F. Beim "Voelkischen Beobachter" war sie sicher hoeher? Wohl einige Hunderttausend?

A. Ja. Von "Mein Kampf" weiss ich gar nichts.

4. F. Was schaetzen Sie beim "Voelkischen Beobachter", sie sagten einige Hunderttausend?

A. Man darf sich da nicht ueberschaetzen. Wenn er eine Auflage von 100.000 bis 120.000 hatte, dann ist das genug. Es war ja ein bestimmtes Risiko, den "Voelkischen Beobachter" zu halten. Ich schaetze, es waren 100.000; der "Angriff" nicht mehr als 30.000, 40.000. Er wurde ziemlich primitiv in einer kleinen Druckerei hergestellt. Von "Mein Kampf" habe ich gar keinen Begriff.

5. F. Wann wurden Sie zur Zentralen Planung berufen?

A. Die erste Sitzung, an der ich teilnahm, war am 22. November 1943. Ich persoenlich habe nur an wenigen Sitzungen insgesamt teilgenommen.

6. F. Waren zu dieser Zeit SPEER, MILCH und KOERNER Mitglieder der Zentralen Planung?

A. Ja.

7. F. Erstreckte sich die Zustaendigkeit der Zentralen Planung auch auf das Gebiet der Bereitstellung und Zuweisung von Arbeitskraeften?

A. Nein. Die grossen Bedarfstraeger meldeten ihre Anforderungen an Arbeitskraeften bei der Zentralen Planung an, in deren Sitzungen diese Anforderungen mit SAUCKEL eroertert wurden. Das hat sich so abgespielt: Bei der Zentralen Planung brachten die einzelnen Bedarfstraeger aus der Wirtschaft ihre Forderungen nach Arbeitskraeften in grossen summarischen Zahlen vor. Dann lud SPEER, bzw. MILCH als Stellvertreter zu einer Sitzung ein, wo die Vertreter der einzelnen Be-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-18

darfstraeger, z.B. Kohle, Eisen, Chemie, Reichsbahn usw. anwesend waren und auch SAUCKEL oder ein Beauftragter. Dann wurde ueber diese Forderungen diskutiert und dann wurde SAUCKEL gesagt, dass so und soviel Arbeiter gebraucht werden und dass er sie beschaffen soll.

Entscheidungen der Zentralen Planung, wieviele Arbeiter SAUCKEL den einzelnen beschaffen sollte - wie, wo - das wurde nicht beschlossen.

Ich selbst habe nur an einer Sitzung der Zentralen Planung teilgenommen, bei der solche Fragen besprochen worden sind. Der Arbeitseinsatz interessierte mich nicht, weil ich keine Produktion hatte.

8. F. Uebte die Zentrale Planung diese Zustaendigkeit ueber Arbeitskraefte auch aus?

A. Nein. Beschluesse und Entscheidungen ueber Bereitstellung, Beschaffung und Verteilung von Arbeitskraeften fasste die Zentrale Planung nicht. Dies blieb dem Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz ueberlassen. Es war so, dass SPEER sagte, es werden von den Hauptbedarfstraegern so und soviel Arbeitskraefte verlangt. Wenn sie dann SAUCKEL nicht beschaffen konnte, fuehrte SPEER eine Fuehrerentscheidung herbei.

9. F. Wurde die Gesamtzahl von Arbeitskraeften, die fuer den Kriegseinsatz Deutschlands verwendet werden sollte, von der Zentralen Planung festgesetzt?

A. Nur festgestellt und erortert.

10. F. Wurde diese Entscheidung auf Grund von Berichten, die die beteiligten Ministerie der Zentralen Planung unterbreiteten, getroffen?

A. Nein; auf Anforderungen der Bedarfstraeger, die selbst an den Sitzungen teilnahmen.

11. F. Und soweit die Ministerien selbst Bedarfstraeger waren?

A. Sie waren keine Bedarfstraeger in diesem Sinne. Die Ministerien bekamen die Anforderungen von den Bedarfstraegern im Einzelnen. Das Luftfahrtministerium von der Luftfahrtindustrie; beim Verkehrsministerium war das eine komische Sache, da war SPEER irgendwie zustaendig.

12. F. Nun hat doch beispielsweise das Luftfahrtministerium mehr oder weniger die Anforderungen zusammengefasst und der Zentralen Planung unterbreitet?

A. Das Ministerium eigentlich nicht. Beim Verkehrsministerium machte es nicht dieses, sondern die Reichsbahn. Die Ministerien waren keine Bedarfstraeger. Die Bedarfstraeger waren selbst vertreten; sie wurden eingeladen. Z.B. die Vertreter der Reichsbahn, Eisenindustrie, Kohle, Waffenaemter fuer die Ruestung usw.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-19

13. F. Mich interessiert das Beispiel der Luftwaffe. Wie war es da?

A. MILCH war an und fuer sich der oberste Mann; aber es waren auch die Leute von den Flugzeugwerken usw. da.

14. F. Wurde ein Bericht als Grundlage zur Anforderung von Arbeitskraeften vom Luftfahrtministerium der Zentralen Planung unterbreitet?

A. Das ist mir unbekannt.

15. F. Unterbreitete MILCH den Bedarf des Reichsluftfahrtministeriums der Zentralen Planung?

A. Das ist mir unbekannt.

16. F. Unterbreitete SPEER den Bedarf des Reichsministeriums fuer Bewaffnung und Kriegsproduktion der Zentralen Planung?

A. Nein. Diese Fragen wurden vorher im Planungsamt von KEHRL vorbereitet.

17. F. Nach Erhalt der Berichte von den Ministerien entschied die Zentrale Planung ueber den Totalbedarf der Deutschen Industrie an Arbeitskraeften?

A. Nein. (Vgl. das Vorhergesagte).

18. F. Teilte die Zentrale Planung diesen Bedarf SAUCKEL mit?

A. Ja, soweit von den Bedarfstraegern Anmeldungen vorlagen.

19. F. Verlangte die Zentrale Planung, dass SAUCKEL die benoetigte Anzahl von Arbeitskraeften zur Verfuegung stelle?

A. Ja.

20. F. Wurden solche Verlangen von irgendeinem Mitglied der Zentralen Planung an SAUCKEL gestellt, wobei der Betreffende als Einzelperson oder in irgendeiner anderen Eigenschaft als der eines Mitgliedes der Zentralen Planung, handelte?

A. Nein.

21. F. Wurden solche Verlangen von MILCH, als der fuer Luftwaffenproduktion verantwortliche Staatssekretaer, an SAUCKEL gestellt?

A. Das ist mir unbekannt.

22. F. Entschied die Zentrale Planung ueber die Verteilung der von SAUCKEL zur Verfuegung gestellten Arbeitskraefte?

A. Nein.

23. F. Bestimmte die Zentrale Planung ueber die Anzahl von Arbeitskraeften, die jeder einzelnen Industrie zugeteilt werden sollte?

A. Nein.

24. F. Bestimmte MILCH, in seiner Eigenschaft als der fuer die Luftwaffenproduktion

00019

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

verantwortliche Staatssekretaer, je die Art, auf die die Arbeitskraefte verteilt werden sollten?

A. Nein.

25. F. Wussten Sie, dass im Januar 1944 eine Unterredung mit HITLER stattfand, um das Programm des Arbeitseinsatzes fuer das Jahr 1944 zu besprechen?

A. Nein.

26. F. Wussten Sie, dass HITLER bei dieser Besprechung SAUCKEL anwies, im Jahre 1944 vier Millionen Arbeitskraefte zur Verfuegung zu stellen?

A. Nein.

27. F. Wussten Sie, dass SAUCKEL fuer die erste Haelfte von 1944 1.482.000 Arbeitskraefte zur Verfuegung stellte, obwohl er angewiesen worden war, 2.000.000 bereitzustellen?

A. Nein.

28. F. Entschied die Zentrale Planung, wieviele von diesen 1.482.000 Arbeitskraeften jeder einzelnen Industrie zugewiesen werden sollten?

A. Das ist mir unbekannt.

29. F. War General MILCH an der Verteilung dieser 1.482.000 Arbeitskraefte beteiligt?

A. Das ist mir unbekannt.

30. F. War es ueblich, dass sich General MILCH an einer solchen Verteilung von Arbeitskraeften beteiligte?

A. Das ist mir unbekannt.

31. F. War SPEER anfangs 1944 krank?

A. Ja.

32. F. Waehrend dessen Krankheit, fuehrte MILCH den Vorsitz bei den Sitzungen der Zentralen Planung?

A. Ja.

33. F. Erstattete SAUCKEL waehrend der Zeit der Erkrankung SPEER's Berichte an die Zentrale Planung bezueglich des Programms zur Erfassung von Arbeitskraeften?

A. Ich erinnere mich nicht daran.

34. F. Gab die Zentrale Planung waehrend der Zeit der Erkrankung SPEER's SAUCKEL Anweisungen bezueglich der Bereitstellung und Verteilung von Arbeitskraeften?

A. Das ist mir nicht erinnerlich.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-0902-21

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

Vernehmung

des Dr. Walter Funk

durch : Mr. Cooper am 20. September 1946

Stenograph : Stefan Roeder ,

auf Antrag von Mr. Henry Heyman - Wehrmacht (Denney).

Nr. 126.

MR. COOPER: Wir haben uns das letzte Mal geeinigt, dass Sie nicht unter Eid genommen werden sollen, sondern, dass Sie Ihre Aussagen in der Form einer eidesstattlichen Erklaerung unterschreiben wollen.

1. F: Sie erinnern sich doch, dass wir das letzte Mal ueber die Zentrale Planung gesprochen haben. Inzwischen hat man sich ueber dieselben Sachen mit Goering unterhalten und ich moechte Ihnen gerne die Ansicht Goerings ueber diese Angelegenheit vorlesen und Ihre Meinung daruber hoeren.

A: Wobei ich von vorneherein sagen moechte, dass ich nur an wenigen Sitzungen der Zentralen Planung teilgenommen habe. Diese Sitzungen waren fuer mich nicht immer sehr angenehm, weil ich dort immer um die Zuteilung fuer meine Verbrauchsguter an Rohstoffen kaempfen musste und, weil dort die ganzen Fragen, nun wenigstens teilweise , behandelt wurden, die meinen frueheren Geschaeftsbereich darstellten, aus dem ich ausgeschaltet war. Deshalb war das fuer mich immer etwas peinlich, dort anwesend zu sein, wenn Entscheidungen getroffen wurden, ueber Dinge, die frueher zu meiner Zustaendigkeit gehoerten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-22

2. F: Wir haben uns da ueber die Verteilung von Arbeitskraeften unterhalten. Dazu sagte G o e r i n g folgendes:
"Dann hoerte ich, dass in der Zentralen Planung auch der Bedarf der Arbeiter durchgesprochen wurde. Das ist ja auch eigentlich selbstverstaendlich, denn wenn ich Rohstoffe verteile und vorher die Rangstufen der Vorhaben festlege, muss ich zwangsleufig von Arbeitern sprechen."

Darauf wurde gefragt:
"Es wurde selbstverstaendlich dort auch ueber die Arbeiterfrage gesprochen."

Und die Antwort war:
"S a u c k e l war kein Mitglied der Zentralen Planung, wurde aber - es ergab sich dasselbe, moechte ich sagen, wie beim Vierjahresplan, wo man, wenn man ein Problem bespricht, sieht, das geht den an und den an - ..... sie sind zwar keine Mitglieder aber zweckmaessigerweise holt man sie als Referenten heran. Hier fand auch der Ausgleich statt, hier musste ueber die Arbeiterfrage viel gesprochen werden, ueber den Teil, der in die Landwirtschaft kam, ueber den Teil, der in der Industrie verblieb usw.".

Was halten Sie von diesen Aussagen?

A: Im grossen und ganzen ist das schon richtig. Die einzelnen Bedarfstraeger, also Kohle, Eisen, Chemie, dann die Reichsbahn usw., die meldeten bei dem Planungsamt , bei K e h r l , das war das durchfuehrende Organ der Zentralen Planung, ihre Sorgen und Schwierigkeiten in Bezug auf den Arbeitseinsatz an. Dann bestellte S p e e r den S a u c k e l oder seinen Vertreter zu einer Sitzung, in der ueber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-23

diese Fragen gesprochen wurde. Dem S a u c k e l wurde dann erklaert, dass der und der Bedarf an Arbeitskraeften benoetigt wird und es wurde ihm dringend nahegelegt, sozusagen diese Arbeitskraefte bereitzustellen. Wie er das machte, woher er seine Arbeitskraefte bekam und wie er Arbeitskraefte beschaffte und wie die Arbeitskraefte schliesslich von seinen Arbeitseinsatzbehoerden an die einzelnen Bedarfstraeger verteilt wurden, das wurde in den grossen Plenar-Sitzungen der Zentralen Planung nicht besprochen, sondern es wurden nur die allgemeinen Probleme eroertert und es wurde von den anwesenden Bedarfstraegern erklaert, wir brauchen so und soviel und es wurde S a u c k e l aufgegeben, diese Arbeitskraefte zu beschaffen.

Wenn nun S a u c k e l erklaerte, ich kann die Arbeitskraefte nicht beschaffen, dann sagte S p e e r , dann muss ich eine Entscheidung des Fuehrers herbeifuehren. Dann ging er zum Fuehrer. Dies hat sich ausserhalb meiner Zustaendigkeit und Mitwirkung abgespielt. Es sind Eroerterungen ueber Arbeitseinsatz nur ein- oder zweimal in der Zentralen Planung gewesen.

3. F: Wenn der Bedarf eingereicht wurde, so wurde doch das von der Zentralen Planung festgehalten. Dann wurde doch wahrscheinlich dieser Schluessel wieder zur Verteilung benutzt?

A: Das glaube ich nicht. Die Verteilung der Arbeitskraefte an die einzelnen Bedarfstraeger spielte sich zunaechst in den grossen Sitzungen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-24

nicht ab. Ob das Planungsamt als solches dabei noch mitgewirkt hat, mit den Einsatzbehoerden von S a u c k e l , das weiss ich nicht. Ich kann nur sagen, dass ich mehr oder weniger den Eindruck in den Sitzungen bekommen habe, den ich Ihnen dargestellt habe. Ich selbst wurde eingeladen, zu den Sitzungen. Dann waren die Vorgaenge, die dort besprochen werden sollten, von dem Planungsamt, von K e h r l , vorbereitet. Ich kam dorthin und nun wurde S a u c k e l erklaert, es ist ein Bedarf an Arbeitskraeften in der und der Hoehe vorhanden. Dann mussten die einzelnen Bedarfstraeger dies S p e e r gegenueber begruenden. In diesen Sitzungen der Zentralen Planung waren ja immer 30 - 40 Leute.

4. F: Das war ja immer schon lange vor der Sitzung gemacht.

A: Und nun brachten sie ihre Wuensche vor und dann sagte S p e e zu S a u c k e l , das sind die Wuensche der Bedarfstraeger. Dann aeusserte sich S a u c k e l darueber und dann war fuer mich als Mitglied der Zentralen Planung, die Angelegenheit erledigt.

5. F: Angenommen, eine gewisse Anzahl von Arbeitskraeften waere S a u c k e l alsnotwendig aufgegeben worden. Wenn S a u c k e l nun tatsaechlich diese Anzahl zur Verfuegung gestellt hatte, musste er dann nicht zur Zentralen Planung dann zurueckkommen?

A: Nein, das ist nicht richtig. Dieser zweite Vorgang spielte sich in direkten Verhandlungen zwischen den Bedarfstraegern und den Einsatz-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-25

behoerden von S a u c k e l ab. Die Zentrale Planung war fuer diese Probleme keine Entscheidungsinstanz, sondern nur eine Verhandlungsinstanz.

S p e e r wollte ja auch ueber das entscheiden, was Sie meinten. S p e e r wollte ansich, dass er auch ueber Arbeitseinsatz entscheidend bestimmen koennte. Das war sein persoenlicher Streit mit S a u c k e l.

Ich kam als Mitglied der Zentralen Planung zu den Sitzungen hin und dann wurden die Dinge dort eroertert.

S a u c k e l hat das aber nie zugegeben, sondern hat verlangt, dass er selbst die Entscheidung trifft. Das hat sich S p e e r nicht durchgedrueckt. S a u c k e l hat sich da hinter den Fuehrer gesetzt und hat sich durchgesetzt.

Ueber den Arbeitseinsatz als solchen konnte S p e e r auch nicht entscheiden, sondern nur fordern.

6. F: Wuerde das nicht eigentlich mehr oder weniger den Zweck der Zentralen Planung hinfaellig machen?

A: Nein.

7. F: Einen Augenblick, bitte. Koennten da nicht die Bedarfstraeger direkt an S a u c k e l eingeben?

A: Das haben sie auch getan. Das war auch das ursprueingliche. Nur wenn S a u c k e l ihren Bedarf nicht erfuellen konnte, dann wandten sie sich an S p e e r und sagten, wir koennen die Auflagen, die sie uns machen in der Produktion nicht erfuellen, weil wir keine Arbeitskraefte haben. Dann berief S p e e r eine Sitzung der Zentralen Planung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-26

ein, um ueber diese Fragen in Gegenwart von S a u c k e l zu verhandeln. Zunaechst spielte sich der Vorgang, in Bezug auf den Arbeitseinsatz, zwischen den Verhandelnden und den Bedarfstraegern direkt ab. Die Reichsbahn z.B. wandte sich nicht in Sachen Arbeitskraefte gleich an die Zentrale Planung, sondern sie wandte sich zunaechst an S a u c kel.

8. F: In jedem einzelnen Falle?

A: In jedem einzelnen Falle.

Nun, wurden ihm die Arbeiter nicht gestellt, nun kam es zu S p e e r oder K e h r l . Und sie erklaerten, die Auflagen hinsichtlich der Produktion koennen wir nicht erfuellen, weil der S a u c k e l uns die Arbeitskraefte nicht stellt . Dann berief eben S p e e r diese Sitzung ein.

Ich moechte hier das nun einmal etwas deutlicher schildern, wie das bei S a u c k e l war, vor der Zentralen Planung. Es ist naemlich in dem Prozess nicht klar herausgekommen. Vorher war das so:

Die einzelnen Bedarfstraeger wandten sich auch an die Stelle fuer den Arbeitseinsatz beim Arbeitsministerium, das war ja, bevor S a u c kel eingeschaltet wurde, beim Arbeitsministerium verankert. Es gab aber fuer diese Fragen , vor S a u c k e l schon, eine dem Arbeitsministerium uebergeordnete Instanz beim Vierjahresplan, denn G o e r i n g hatte schon bevor S a u c k e l kam, einen Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz.

9. F: Im Rahmen des Vierjahresplanes?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-27

A: Im Rahmen der einzelnen Geschaeftsstellen des Vierjahresplanes. Das war der Staatssekretaer S i r u p bezw. der Ministerialdirektor M a n n s f e l d.

Also damals gingen die Dinge so vor sich, dass die Anforderungen an das Arbeitsministerium kamen und wenn dasselbe diese Dinge nicht durchfuehren konnte aus eigener Vollmacht, dann fuehrte sie eine Entscheidung von G o e r i n g herbei. Dieser Generalbevollmaechtigte konnte ja ueber die einzelnen Stellen bei allen obersten Reichsstellen entscheiden.

Als nun S a u c k e l kam, hat er diese Dinge nicht mehr ueber G o e r i n g entscheiden lassen, sondern er hat sie selbst entschieden, bezw. wenn er nicht durchkam, gegenueber S p e e r z.B. oder gegenueber anderen Stellen, z.B. den Reichskommissaren in den besetzten Gebieten oder den Militaerbefehlshabern gegenueber in den besetzten Gebieten, dann fuehrte er eine Entscheidung des Fuehrers herbei, sodass G o e r i n g bei dieser Frage aktiv nicht mehr taetig war. Seitdem S a u c k e l zum Generalbevollmaechtigten ernannt wurde, meldeten nun die einzelnen Bedarfstraeger ihre Anforderungen bei S a u c k e l an, z.B. auch das Handwerk oder irgend ein anderer Bedarfstraeger, dann verhandelten diese nun mit den Arbeitseinsatzstellen von S a u c k e l oder mit S a u c k e l direkt. An die Zentrale Planung kamen die Dinge nur heran, wenn die einzelnen Bedarfstraeger durch Arbeitermangel oder durch Nichterfuellung ihrer Forderungen an S a u c k e l , in Produktionsschwierigkeiten kamen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-28

S p e e r wollte ansich erreichen, dass er ueber S a u c k e l 's Kopf auch diese Fragen entscheiden koenne. Das hat er aber nicht erreicht. Dagegen hat sich S a u c k e l mit Haenden und Fuessen gewehrt und es ist auch zu keiner Entscheidung darueber gekommen. Immerhin war es, glaube ich, so, dass S p e e r irgend eine Entscheidung des Fuehrers einmal vorbrachte, wonach mehr oder weniger er ueber diese Dinge auch entscheiden sollte. Aber S a u c k e l hat das nie anerkannt. Ob dann S a u c k e l eine entsprechende Entscheidung des Fuehrers herbeigefuehrt hat oder nicht, das weiss ich nicht. Es war immer ein Kampf zwischen den Beiden ueber die Frage, wer soll entscheiden ueber den Arbeitseinsatz.

z.B. wurden vorher, bevor die Stelle da war, vor 1942, diese Verhandlungen auch nicht, sagen wir mal, im Wirtschaftsministerium oder Verkehrsministerium oder Landwirtschaftsministerium gefuehrt, sondern sie wurden vom Arbeitsministerium gefuehrt und es kamen nun die einzelnen Bedarfstraeger dorthin, meldeten ihre Forderungen an und nun musste man beruecksichtigen, dass die Entscheidung ueber die Produktionsfragen, auf den wichtigsten Industriegebieten, bei dem Generalbevollmaechtigten des Vierjahresplanes lag.

Der Vierjahresplan hatte einen Generalbevollmaechtigten fuer Kohle, fuer Eisen, fuer Chemie, fuer Maschinen und was weiss ich noch alles. Diese Generalbevollmaechtigte regelten natuerlich auch diese Fragen direkt mit dem Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz beim Vierjahresplan, also S i r u p oder M a n n s f e l d , wobei z.B. das Wirtschaftsministerium hier wahrscheinlich beteiligt wurde.

Arbeitseinsatzfragen wurden also ausserhalb des Ministeriums

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-29

verhandelt.

Beim Landwirtschaftsministerium lag es etwas anders, weil B a c k e selbst Beauftragter des Vierjahresplanes fuer die Ernaehrung war. Hier war also eine engere Zusammenarbeit, auch ueber den Vierjahresplan, mit dem Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz vorhanden, als z.B. im Wirtschaftsministerium, Verkehrsministerium.

10. F : Wurden Empfehlungen gemacht?

A: Der S p e e r hat dann S a u c k e l beauftragt, soweit er ihn beauftragen konnte, denn er konnte ja S a u c k e l nicht befehlen, die Arbeitskraefte zu beschaffen.

11. F: Hat er auch Empfehlungen bezueglich der Verteilungen gemacht?

A: Das weiss ich nicht.

12. F: Wenn bei einer Sitzung z.B. festgesetzt wurde, wir brauchen in der Kohlenindustrie ca. 10 000 Arbeiter und in der Maschinenindustrie ca. 50 000 Arbeiter, also alles in allem 60 000 Arbeiter, dann wurde doch S a u c k e l gesagt, wir brauchen diese Arbeiter.

Wurde das in einer schaerferen Weise vorgebracht?

A: Wie die Arbeiter schliesslich verteilt wurden, das entschied S a u c k e l . Ob er der Kohlenindustrie z.B. 8 000 oder der Maschinen industrie 5 000 zuwies, das entschied er in direkten Verhandlungen zwischen den Bedarfstraegern.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-30

Wie sich also die Dinge technisch, nach den Sitzungen der Zentralen Planung abgespielt haben, das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Ob da sich S p e e r oder K e h r l weiter eingeschaltet haben, das weiss ich nicht.

13. F: Dann haben wir ueber M i l c h 's Rolle gesprochen in der Zentralen Planung. Es wird Sie sicher auch interessieren, was G o e r i n g auszusagen hatte. Die Fragen und Antworten lauteten:

"F: Nun zum Fall M i l c h:
Wer wurde nach dem November 1941 mit dem Arbeitseinsatz im Luftfahrtministerium beauftragt?

A: Wie soll ich das "Arbeitseinsatz" verstehen?

14. F: Der Arbeitseinsatz versteht sich fuer die Heranziehung von auslaendischen Arbeitern oder auch deutschen Arbeitern, im besondere von Konzentrationslager-Insassen, um sie fuer die Luftfahrtproduktion freizustellen.

A: Die Sache lief durch den Generalluftzeugmeister U d e t bis zum Tode von U d e t , dann durch M i l c h.

15. F: Auf welche Art und Weise hat das Reichsluftfahrtministerium seine Anforderung und ungefaehre Gebrauchszahl, die Anzahl der Arbeiter usw. S a u c k e l unterbreitet? Und wenn S a u c k e l eine solche Anforderung vom Reichsluftfahrtministerium bekam, wie hat er die Verteilung vorgenommen?

A: Die Anforderung wurde von M i l c h erhoben, wieviel Arbeiter

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-71

die Luftfahrt brauchte und dies wurde Speer mitgeteilt. Speer hat dann die Arbeiter bei Sauckel fuer den ganzen Ruestungssektor praktisch fuer den ganzen industriellen Sektor angefordert, und er hat dann auch die Verteilung vorgenommen. Er hatte letzten Endes doch wohl die letzte Entscheidung darueber wieviel Arbeiter z.B. an Luftwaffe, wieviel fuer das Heer usw. fallen. Sauckel hatte, soviel ich weiss, mit der Arbeiterverteilung tatsaechlich nichts zu tun. Das Paket wurde zur Verfuegung gestellt. Es wurde auf Sauckel immer ein ungeheurer Druck ausgeuebt. Wenn die erforderliche Menge nicht herangeschafft wurde, wurde immer eingeheizt. Ich habe selber eine Sitzung geleitet, wobei Differenzen zwischen Sauckel und Speer waren. Er wollte mehr haben usw. Es war ein Durcheinander und daher weiss ich das; aber an sich hat, was die Luftwaffe anbelangt, Milch bezw. der Generalluftzeugmeister angefordert. Wenn das mal eine Schwierigkeit wurde und sie nicht die Leute bekamen und die Programme drohten abzusinken, dann kamen sie zu mir und dann unterstuetzte ich die Forderung."

A: Bevor Speer die Luftwaffenindustrie hatte, hat Goering das gemacht. Frueher hatte Speer auch die Luftwaffenruestung bekommen ueber Milch. Milch hat sie an Speer 1944 abgegeben.

16. F: Das ist also Ihrer Meinung nach eine richtige Erklaerung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-32

der Art auf die der Bedarf des Luftfahrtministeriums festgestellt und S a u c k e l uebergeben wurde, entweder direkt oder durch die Zentrale Planung?

A: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Denn ob S p e e r nachher darauf Einfluss genommen hat, wieviel Arbeiter der Kohlenindustrie, S a u c k e l an seinem Aufkommen zuteilte, das weiss ich, da dies in den Plenar-Sitzungen der Zentralen Planung nicht eroertert wurde. Es wurde nur der gesamte Bedarf mitgeteilt, der an K e h r l herangekommen war und dann wurde, wie G o e r i n g ganz richtig sagte, ein Druck auf S a u c k e l ausgeuebt.

17. F: Vielleicht, dass das allgemein der Fall war, wie Sie sagen. Vielleicht aber, dass im Falle des Luftfahrtministeriums, in Bezug auf die Luftwaffenruestung, dass da M i l c h doch mehr zu sagen gehabt hatte, weil M i l c h doch G o e r i n g hinter sich wusste und S a u c k e l ebenfalls das wusste. Ich meine vielleicht ausserhalb oder innerhalb der Zentralen Planung.

A: Ausserhalb oder auch innerhalb, das kann ich Ihnen nicht sagen.

18. F: Aber, was die Frage der Arbeiteranforderung fuer das Reichsluftfahrtministerium, Ruestung, betrifft, wuerden Sie sagen, dass G o e r i n g das richtig sagte?

A: Das muesste er ja wissen.

Ueber Anordnungen von Arbeitern aus Konzentrationslagern

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-33

ist in meiner Gegenwart ueberhaupt nicht gesprochen worden. Ich habe ja bis zu diesem Prozess gar keine Ahnung gehabt, dass im Anschluss an die Konzentrationslager eine grosse Menge von wichtigen Ruestungsbetrieben arbeitete. Dies war mir voellig neu. Das habe ich nicht gewusst, weil ich mich mit der Ruestung nicht beschaeftigt habe. Ich habe auch nicht gewusst, was Arbeitslaeger sind. Von Konzentrationslagerhaeftlingen in der Landwirtschaft habe ich auch nichts gewusst.

Ich habe wohl Haeftlinge gesehen beim Aufraeumen von Bombentruemmern, das stimmt. Im Betrieben aber habe ich keine Haeftlinge gesehen, weil ich nie in Betriebe ging, insbesondere nicht in Ruestungsbetriebe, da durfte ich garnicht rein. Das ist mir ein ganz neues Gebiet gewesen. Ich habe keine Ahnung gehabt, dass das so umfangreich war. Ich habe immer nur gewusst, dass die SS Ruestungsbetriebe hatte, aber die nicht im Zusammenhang mit Konzentrationslagern standen und gegen diese Betriebe hat ja mein guter H e i l dauernd einen schweren Kampf gefuehrt und zwar ging das so weit, dass es zu einem grossen Krach mit H i m m l e r kam.

Ich weiss z.B. in diesem Zusammenhang einen Fall, der folgendermassen lag: H i m m l e r hat z.B. die grosse ungarische Firma W e i s s , die auch im europaeischen Ruestungsprogramm von S p e e r haette arbeiten muessen, zu besonderen Ruestungsfabrikenfuer die SS oder fuer seinen Bereich gemacht und hat diesen juedischen Inhabern von der Firma W e i s s viele Millionen Abfindung gezahlt, damit sie

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-34

auch ins Ausland kamen. Soviel ich weiss, sind sie nach Portugal gegangen.

Ich bin mit dieser Sache bekannt geworden, weil mir berichtet wurde, dass die ungarische Nationalbank diese Betraege zur Verfuegung gestellt hat.

Ueber diese Sache bekam dann H i m m l e r einen Riesenkrach mit H e i l , der also nicht wollte, dass die ganzen Betriebe d e r Firma W e i s s , aus der allgemeinen Wirtschaftsregelung fuer Ungarn herausgenommen wurden, denn es waren wahrscheinlich auch noch Nebenbetriebe, was damals grosses Aufsehen machte.

Wie S p e e r sich dazu gestellt hat, weiss ich nicht.

19. F: Ich moechte nur noch einmal wiederholen, und zwar scheint mir, dass von allen Erklaerungen, die G o e r i n g gegeben hat, nur eine von Ihnen als richtig bezeichnet wird und zwar die, wie der Bedarf an Arbeitskraeften im Luftfahrtministerium entschieden wurde und S a u c k e l uebergeben worden ist.

A: Das kann sich so abgespielt haben.

20. F: In den anderen Dingen ist Ihre Meinung grundsaetzlich verschieden?

A: Ich bin der Meinung, dass die Verteilung selbst nachher nicht unter irgendwelcher Beeinflussung der Zentralen Planung vorgenommen wurde. Also bestimmt nicht von der Zentralen Planung, soweit man darunter dieses Gremium : S p e e r , M i l c h , F u n k , K e e r n e r ,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-35

bezeichnet. In meiner Gegenwart wurden dort diese Fragen nur erroertert. Ich kann aber nicht mit Gewissheit sagen, ob sich nicht spaeter das Planungsamt oder S p e e r selbst in diese Dinge eingeschaltet hat.

21. F: G o e r i n g sagt: "Er hatte letzten Endes doch wohl die letzte Entscheidung darueber (er spricht von S p e e r) wieviel Arbeiter z.B. an Luftwaffe, wieviel Arbeiter fuer das Heer abfallen usw.

Und dann sagt er ganz deutlich:

"Sauckel hatte, soviel ich weiss, mit der Arbeiterverteilung tatsaechlich nichts zu tun."

A: Das stimmt auf keinen Fall. Das muesste ja S p e e r vielleicht besser wissen. Die Verteilung der Arbeitskraefte hat S a u c k e l vorgenommen. Mit dieser Frage haben wir uns in den Sitzungen der Zentralen Planung ueberhaupt nicht beschaeftigt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

INTERROGATION # .....

ZS-0902-36

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948156

Vernehmung des Walter FUNK,
fruehrer Reichswirtschaftsminister
durch Prof. Dr. R.M.W. KEMPNER
am 13.6.47 vormittags.

Stenografin: Irmtrud Maurer.
Witness: Irene Kenteln.

F.: Wie geht es Ihnen?

A.: Nicht gut. Ich habe mit meiner Blase zu tun.

Ich habe Steine. Ich war monatelang in einem amerikanischen Krankenhaus.

F.: Wie ist es dort?

A.: Es sind dort sehr gute Aerzte.

Mein Leiden ist sehr schmerzhaft und deprimierend.

F.: Sie sehen aber nicht schlecht aus.

A.: Ich kann jeden Tag eine Stunde im Freien sitzen.

F.: Das ist ein grosser Vorzug gegenueber den anderen.

A.: Die anderen laufen herum und ich setze mich auf den Stuhl.

Die amerikanischen Aerzte sagten ich koennte 100 Jahre alt werden, wenn ich das nochmal ueberstehe.

Als BRINKMANN geisteskrank wurde, bekam ich vor Schreck den Zucker.

F.: Wer wurde sein Nachfolger?

A.: PUHL.

Als ich in das Wirtschaftsministerium kam, war BRINKMANN noch ganz vernuenftig, obgleich er schon damals alles moegliche gemacht hat, wovon ich nichts erfahren habe.

Als ich 1939 noch zum Reichsbankpraesidenten gemacht wurde, da wurde BRINKMANN Vizepraesident der Reichsbank.

F.: Wie ist LANDFRIED?

A.: LANDFRIED ist ein sehr guter Verwaltungsbeamter.

F.: Hat er die Arbeit gut gemacht, als Sie so krank waren?

A.: Ja. Er blieb formal Staatssekretaer im Finanzministerium. Im Wirtschaftsministerium war er geschaeftsfuehrender Staatssekretaer.

Er ist 4 Jahre bei mir geblieben. Er war ein ordentlicher und tuechtiger Mann. Er wurde dann Verwaltungschef in Italien.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS-0902-37

F.: LANDFRIED erzaehlte, er hatte wahnsinnig viel zu tun gehabt, als Sie krank waren.

A.: Ich war 2 bis 3 Monate krank wegen meines Zuckers.

F.: Dann musste LANDFRIED alles allein machen?

A.: Natuerlich. Ich bekam den Zucker immer durch Aufregungen, nicht - wie meistens- von der Ernaehrung.

1940 lag ich laengere Zeit im Krankenhaus wegen eines schweren Gelenkbruches.

F.: Sie waren damals nicht viel im Wirtschaftsministerium?

A.: Wenn es mir einigermassen gesundheitlich moeglich war, war ich im Amt. LANDFRIED hatte damals besonders viel arbeiten muessen.

Wenn ich so krank war, dass ich nicht ins Amt konnte, musste LANDFRIED ins Krankenhaus oder zu mir nach Hause kommen.

F.: LANDFRIED macht sich grosse Sorgen, weil er verschiedene Sachen unterzeichnet hat, wie die Arisierungssache PETSCHECK.

A.: Von der weiss ich ueberhaupt nichts.

F.: Das hat LANDFRIED gemacht.

A.: Ich weiss, dass sie stattgefunden hat, aber wer es gemacht hat, weiss ich nicht. Hat das nicht GOERING gemacht?

F.: Nein, LANDFRIED.

A.: War das nicht eine 4-Jahresplansache?

F.: Das juedische Vermoegen wurde eingesackt.

A.: Grundsaetzlich war es so, dass GOERING sich die Industriearisierungen vorbehalten hat. Deshalb nahm ich an, dass er die Petscheck-Sache auch gemacht hat.

F.: LANDFRIED hat es ausgefuehrt sozusagen.

Ich habe PETSCHECK gekannt. Einen Sohn habe ich einmal bei REINHARDT kennen gelernt.

F.: War das Charles?

A.: Ja, er hiess Karl. Ich habe auch den alten PETSCHECK gekannt.

F.: Den Ignaz?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-38

A.: Ja. Ich kenne ihn von der Journalistenzeit her. Es waren reiche Leute.

F.: Es ist ihnen nicht viel geblieben.

A.: Woran sind sie arm geworden?

Sie mussten doch mit Devisen entschaedigt werden sein.

F.: Ein Teil - und der andere Teil hat nichts bekommen.

A.: Julius Petscheck starb so viel ich weiss.

F.: Julius und Ignaz leben nicht mehr. Es leben nur noch die Soehne.

Warum war LAMMERS so schlimm?

A.: Das kann ich mir nicht vorstellen. Eigentlich hat er immer gebremst, so lange ich mit ihm zusammen war.

Er hatte in den letzten Jahren nichts mehr zu sagen. Er hat bei mir oefters geklagt, dass BORMANN ihm alles weggenommen hat.

F.: Haben Sie gehoert, dass SCHACHT 8 Jahre Arbeitslager bekommen hat?

A.: Ja. 2 Jahre wurden ihm angerechnet.

Er hat sich ja ganz gut verteidigt, besser als ich.

F.: Sie haben sich sehr gut verteidigt.

A.: Am letzten Tag, als man mich vernommen hat, habe ich kaum mehr gewusst, was ich gefragt wurde.

F.: Wir sprechen rein akademisch ueber die Sache.

A.: Wer hat eigentlich Anweisung gegeben, dass diese Sachen, die von der SS kamen, verarbeitet wurden?

Ich meine die Sache, dass Goldzaehne in der preussischen Muenze verarbeitet wurden. Jemand muss doch diese Anweisung gegeben haben?

Ich habe sie nicht gegeben. Es müssen zwischen der SS und dem Finanzministerium Abmachungen bestanden haben ueber die Verwaltung dieser Sachen.

PUHL war nicht anstaendig, dass er 90 % bei der Verhandlung widerrufen hat.

Er hat glatt gelogen.

Er sagte, er haette mir im Jahre 1941 erzaehlt, dass diese Sachen von toten Juden waren.

F.: Wie war Graf SCHWERIN-KROSIGK?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-39

A.: Er war ein ordentlicher Mann.

Er hatte die ganze Finanzierung gemacht.

F.: Die Finanzierung des Krieges?

A.: Er war ja Finanzminister.

F.: Eine starke Stellung hatte der Reichsbankpraesident.

A.: Der Reichsbankpraesident muss zahlen, wenn es der Finanzminister verlangt. Das ist ueberall so. Diese starke Hervorkehrung des Reichsbankpraesidenten ist dadurch gekommen, dass SCHACHT diese grosse Stellung als Generalbevollmaechtigter fuer die Kriegswirtschaft hatte.

Dass ich Reichsbankpraesident wurde, war GOERINGS Schuld. Ich musste tun, was GOERING sagte. Ich gebe offen und ehrlich zu, dass ich damals, als ich wirklich vor einer Gewissensfrage stand, menschlich versagt habe. Meine Frau warnte mich oft, diese Stelle anzunehmen. Ich sagte mir damals, ich koennte auch anstaendig meinen Posten erfuellen. Leute wie LEY und TERBOVEN sollten Wirtschaftsminister werden. LEY sollte ueber die Macht der Wirtschaft seine politische Macht setzen.

F.: Wenn Sie damals den Posten nicht angenommen haetten, sassen Sie vielleicht jetzt am Starnberger See.

A.: Das ist einmal so, dass man solche dinge im entscheidenden Moment nicht richtig sieht. Man darf nicht gegen die Natur sein, das raecht sich hachher. Man soll nie gegen die Natur sein, auch wenn man nicht Philosoph ist.

F.: Sind Sie Philosoph?

A.: Ich habe mich viel mit Philosophie beschaeftigt.

F.: Lesen Sie gerade etwas?

A.: Ja. Ich schreibe eben eine Ausarbeitung ueber Kant.

F.: Sind Sieallein in einer Zelle?

A.: Ja, ich bin allein. Ich pzoenlich kann mich nicht beklagen.

F.: Wo lebt Ihre Gattin?

A.: Sie lebt in einem kleinen Ort in einem kleinen Dorfgasthaus.

Es ist uns alles gestohlen worden.

F.: Sie haben sich aber nicht schlecht verteidigt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-40

Dr. Sauter war sehr gut.

A.: Er hat sich Muehe gegeben.

Wenn er PUHL schaerfer angefasst hätte, waere es eine schwere Belastung fuer PUHL gewesen. Das wollte ich aber auch nicht.

Er brauchte nur diese beiden Fragen zu stellen, dann haette PUHL Farbe bekennen muessen. Er hatte zu viel Angst. Das ist dumm gewesen von ihm.

Die ganze Unterredung mit HIMMLER hat keine Minute gedauert.

HIMMLER sagte damals:"Wir haben grosse Sachen beschlagnahmt im Osten."

Er sagte das damals zwischen Tuer und Angel beim Fruehstueck.

Er sagte, wir muessten es im Reichsbankaufbewahrungsraum unterbringen.

F.: Wann war das?

A.: Das war 1942.

F.: Wo war das?

A.: Es war im Feldquartier bei LAMMERS.

HIMMLER sagte damals, ich solle die Sache mit PUHL besprechen.

PUHL sagte, solche Sachen seien unbequem. PUHL bestaetigte mir dann, dass die Sachen angekommen seien.

PUHL sagte,"wollen wir nicht fragen, was da drinnen ist?"

Er meinte, wir haetten mit diesen Sachen schlimme Erfahrungen gemacht.

F.: Wieso schlimme Erfahrungen?

A.: HIMMLER hatte auch die Devisen- und Zahlsachen, auch Beutegut bei der Reichsbank eingelagert.

F.: Wenn HIMMLER mit so etwas gekommen ist, hat das doch uebel gerochen?

A.: Ich dachte nichts Schlimmes, da er doch der Chef der Polizei war.

Er sagte nur,"wir haben grosse Werte beschlagnahmt; Dinge, die fuer die Reichsbank interessant sind. Gold und Devisen. Haben Sie nicht einen Aufbewahrungsraum dafuer? " Er sagte garnichts Verfaengliches.

Mein Fehler war der, dass ich mich bei der Verhandlung an diese Sache nicht erinnerte. Da kam der Verdacht hoch, ich wollte schwindeln.

Ich glaubte PUHL sagte es mir zuerst.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-41

F.: Haben Sie mit LAMMERS darueber gesprochen?

A.: Nein.

F.: Es bleibt nur noch Kant.

A.: Ich habe in ihm einen Troester gefunden. Wir muessen ihn sehr zu Herzen nehmen. Jetzt zeigt sich, was Kant war.

F.: Sind Sie in Koenigsberg geboren?

A.: In der Naehe.

F.: Hatten Sie mit Kunstsachen zu tun, die ROSENBERG unterstanden?

A.: Davon habe ich garnichts gewusst. Ich habe erst hier erfahren, dass ROSENBERG den Auftrag hatte, Kunstsachen aufzukaufen.

Ich freue mich, dass ich mit Ihnen heute sprechen konnte.

F.: Ich sollte mich auch schon laengst mit Ihnen unterhalten.

A.: Ich freue mich immer, wenn Jan Charmatz kommt und ich mich mit ihm unterhalten kann.

F.: Kann ich irgend etwas fuer Sie tun?

A.: Meine Frau moechte ich gern sehen. Das ist mein einziger Wunsch.

F.: Ich werde mich erkundigen und werde mit Herrn Charmatz darueber sprechen. Wir koennen es nicht versprechen; denn es gibt da viele Regulative.

A.: Ich wuenschte, ich waere mit Ihnen allein.
Die anderen Herren kuemmern sich nicht um einen.

F.: Ich wuensche Ihnen gute Besserung.

A.: Danke schoen.

Interrogator: .....
Dr. R.M.W. Kempner

Witness: .....
Mrs. Bentein

Stenographer: .....
Irmtrud Maurer.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-42

- RESTRICTED -

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1948/56

V E R N E H M U N G

des Walter F U N K
am 22. 5. 1947 von 14.45 - 15.30
durch die Verteidigung im Flick-Prozess
Vernommen durch :
die Herren Rechtsanwaelte Dr. STRENGE
und Dr. NATH.
Auf Antrag von Justiz-Rat Dr. DIX
Stenografin : E.POPPELE.

1 Fr. War es uebliche, dass die Fuehrung von Verhandlungen ueber Geschaefts- und Transaktionen mit dem Auslande speziell, wenn dafuer Devisen in Betracht kamen, im allgemeinen deutschen Interesse nur eine Firma oder eine Person beauftragt wurde. Zweck einer solchen Beauftragung soll es gewesen sein, bei der angespannten Devisen-Lage des Reiches eine Preissteigerung beim Einkauf und eine Verschlechterung beim Verkauf zu vermeiden. Als Beispiele sollen folgende Tatsachen zu nennen sein :

Die schwedischen Erze seien hochwertig und preiselich guenstig gewesen. Jedes deutsche Huettenwerk haette moeglichst viel davon haben wollen. Es sei fuer dieses Geschaeft nur eine Firma, naemlich die Vereinigten Stahlwerke beauftragt worden, die Verhandlung zu fuehren um nach Abschluss der Verhandlungen einer Aufteilung an die uebrigen Interessenten vorzunehmen. Ferner, wenn auf dem Balkan und der Tuerkei ein grosses Waggon-Geschaeft zur Verhandlung stand so soll auch hier nur eine Firma, z.B. Otto WOLFF oder FERO-STAHL beauftragt worden sein. Ferner sei Otto WOLFF zu alleinigen Verhandlungen mit Russland auch schon vor 1933 mit demselben Ziel und Zweck beauftragt gewesen. Ist das zutreffend ?

A. Und das ist richtig. Bei den Vereinigten Stahlwerken kaeme wohl hinzu, dass diese selbst an den Besitz in Schweden interessiert gewesen seien. Richtig ist, dass auch FERO-STAHL mit der Fuehrung von Verhandlungen im Waggon-Geschaeft beauftragt war und ich erinnere mich, dass auch Otto WOLFF in China federfuehrend fuer die in Betracht kommenden Interessenten-Gruppen war.

00042

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-43

2 Fr. War es im allgemeinen ueblich, dass demjenigen, dem der Verhandlungsauftrag erteilt wurde, der sich bei den zustaendigen amtlichen Stellen meldete vorausgesetzt, dass man ihn da selbst als fuer die Durchfuehrung geeignet angesehen hatte ?

A. Das duerfte im allgemeinen zutreffen.

3 Fr. Herr FLICK ist im Januar 1938 zur ausschliesslichen Fuehrung der Verhandlungen mit PETSCHEK's beauftragt worden, nicht aber zum ausschliesslichen Erwerb. GOERING behielt sich im Gegenteil die Verteilung ausdruecklich vor. Glauben Sie, dass in der Beauftragung von Herrn FLICK eine besondere Begunstigung seiner Person erblickt werden musste ?

A. a'priori nicht.

4 Fr. Auf Grund der gefuehrten Verhandlungen ist mit der Gruppe Julius PETSCHEK's ein Abkommen erzielt worden, wonach sie fuer ihren Besitz einen Betrag von 6,350Millionen Dollar sofortige Kasse und auszahlbar in New York erhalten hat. Sind Sie der Meinung, dass im Juni 1938 dies eine Devisen-Zahlung ungewoehnlichen Umfanges war ?

A. Das ist allerdings der Fall. Es war damals sehr schwer, einen solchen Dollar-Betrag zur Verfuegung zu stellen. Ich erinnere mich, dass einmal DIEHN bei mir war und mir erzaehlte, dass es der Kali-Chemie sehr schwer falle, Devisen fuer Winterhall aufzubringen, da er, DIEHN dafuer sorgen muesse. An dieser Unterredung mit Herrn DIEHN kann ich mich erinnern. Ich bemerke jedoch, dass ich erst seit Februar Wirtschaftsminister war und die Dinge jawohl in erster Linie von dem Amt fuer den " 4 Jahresplan " bearbeitet wurden und dort von der Bergbau-Abteilung. Im allgemeinen duerfen die Dinge soweit sie an mein Ministerium kamen bis zum Staatssekretaer durchgedrungen sein.

5 Fr. Sind Ihnen ueberhaupt Devisen-Bewilligungen aehnlichen Umfanges fuer solche Zwecke bekannt ?

A. Ich kann mich an aehnliche Faelle nicht erinnern. Es war schon eine aussergewoehnliche Sache.

6 Fr. Sind Sie der Meinung, dass die Tatsache, dass GOERING selbst den Verhandlungs-Auftrag erteilt hatte eine persoenliche Grundlage ja sogar die Voraussetzungen fuer eine Devisenbewilligung solchen Umfanges gebildet hat ?

A. Das kann durchaus sein.

00043

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-44

7 Fr. Es wird nun behauptet, das Wintershall allein vor Beginn, oder waehrend der Verhandlungenvon FLICK bereit gewesen waere, 11Millionen Dollar zu zahlen. ROSTERG soll sich an KEPPLER gewandt haben um die Genehmigung des Wirtschaftsministeriums herbei zu fuehren. Die Besprechung ROSTERG-KEPPLER soll Ende Dezember in Berchtesgaden stattgefunden haben. Wenn KEPPLER dieses Mandat uebernommen haette, da wuesste er im Januar zu Ihnen gekommen sein.

A. Ich bin erst im Februar 1938 Wirtschaftsminister geworden. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass KEPPLER bei mir gewesen ist.

8 Fr. Sie kannten doch Herrn ROSTERG gut ? Halten Sie es ueberhaupt fuer wahrscheinlich, dass ROSTERG sich der Vermittlung KEPPLER's bedient hat um einen solchen Devisenbetrag von Ihrem Ministerium genehmigt zu erhalten ? ROSTERG haette doch allein und direkt zu Ihnen gehen koennen ?

A. Sicher, ROSTERG waere nach meiner Ansicht in dieser Sache allein zu mir gekommen.

9 Fr. Hatte damals KEPPLER als Wirtschaftsberater Ende 1937 und zu Ihrer Zeit als Sie Minister waren ueberhaupt noch die Funktion als Wirtschaftsberater ?

A. Ich glaube schon, dass er die Funktion damals gehabt haette. Was er aber in dieser Funktion im Einzelnen ausgeuebt hat, weiss ich aber nicht.

10. Fr. Nehmen Sie einmal an, dass ein solcher Antrag auf Bewilligung von 11 Millionen Dollar zum Erwerb von 24 Millionen Aktien AEG und VW einschliesslich eines eingefrorenen Kapitals von 7 Millionen Dollar der nicht unter das Stillhalter-Abkommen fiel an Sie herangetragen worden waere. Hatten Sie diese Genehmigung erteilt. Dabei wird zu beruecksichtigen sein, dass der Aktien-Kurs damals etwa 120% betrug. Bei 11 Millionen Dollar waere das also ein Aktien-Kurs von 450% gewesen mit dem sich die Auslaender etwa den 4fachen Wert an Aktien in Deutschland haetten kaufen koennen. Was wuerden Sie zu einem solchen Antrag gesagt haben ?

A. Ja, das kaeme darauf an wie wertvoll dieser Verkauf allgemein wirtschaftlich gesehen gewesen ist. Das kann ich nicht beurteilen, weil ich mich mit der ganzen Angelegenheit nicht befasst habe. Um das beurteilen zu koennen muss man doch die ganzen Einzelheiten der ganzen Transaktion kennen.

11 Fr. Ist es Ihnen erinnerlich, dass diese Transaktion von der deutschen Seite kritisiert worden ist ? WOHLTAT ~~hat~~ soll das erklaert haben.

A. WOHLTAT war garnicht in meinem Ministerium, er war doch beim Amt fuer " 4 Jahresplan ".

00044

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

12 Fr. Ich meine WOHLFAHRT hat erklaert es sei von anderer Seite kritisiert worden ?

A. Von wem hat er nicht gesagt ? Daran kann ich nicht nicht erinnern.

13 Fr. Also bald nachher am 5. Juli 1938 wurde die Frage eroertert hinsichtlich des Erwerbes von IONATZ-GRUPPE. Staatsrat REINHARD habe dabei erklaert, dass Devisen auf keinen Fall gegeben werden duerfen. Ist Ihnen auch von einer dahingehenden Einstellung REINHARD's erinnerlich ?

A. Nein, ich kann mich nicht entsinnen.

14 Fr. Aus einer uns vorliegenden Notiz von FLICK ueber eine Unterredung vom 6. Dezember 1939 ergibt sich, dass Sie und Herr FLICK an diesem Tag ueber den Erwerb -IONATZ-GESELLSCHAFT- sprachen. Der Standpunkt von Herrn FLICK sei dahingegangen, den Besitz in Vorzugsaktien vielleicht auch in Obligationen umzutauschen und fuer den verbleibenden Rest Barzahlungen zu leisten. Und Sie seien damals der Meinung gewesen, im Dezember 1939, dass Devisen nicht mehr gegeben werden koennten aber diese Frage sei offen geblieben bei der Unterhaltung.

A. Es kann sein, es waere nach Lage der Dinge im Krieg der Vorschlag FLICK's richtig gewesen und d Devisen hoetten nicht mehr fuer diesen Zweck zur Verfuegung gestellt werden koennen.

15 Fr. Sind Sie der Auffassung, dass dieser Vorschlag von Herrn FLICK den ich soeben erwaehnte moeglich Gewaehrung von Vorzugsaktien und Obligationen sowie Bezahlung eines Restbetrages in Bar unter oder der damaligen gesamten Situation wie Sie insbesondere auch nach Anschluss des Sudetenlandes entstanden war ein entgegenkommender und ungewoehnlicher Vorschlag von Herrn FLICK gewesen ist, der auf die Wahrung der Interessen von IONATZ-PETSCHEK abgestellt war ?

A. Was hat die Frage der Eingliederung des Sudetenlandes mit PETSCHEK zu tun ?

16 Fr. Weil IONATZ in Aussicht sass und damit in den deutschen Herrschaftsbereich eingezogen war. Die Absicht von Herrn FLICK soll so gewesen sein, dass durch diesen Vorschlag die Vermoegens-Interessen fuer x IONATZ erhalten werden konnten.

00045

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-46

A. Nach der damaligen Situation kann man diesen Vorschlag schon als fair bezeichnen. -

Ich muss jetzt zurueck, es geht nicht mehr, ich habe die Genehmigung vom Arzt nur fuer eine kurze ~~XXXXXXXX~~ Vernehmung.

17 Fr. Duerfen wir Sie bitten einen anderen Tag wiederzukommen ?

A. Ja, ich werde mich nach dem Arzt richten.

18 Fr. Waere es moeglich, dass wir Sie morgen um 1 Uhr 30 sprechen duerfen ?

A. Ja, ist gut.

19 Fr. Duerfen wir morgen fortsetzen ?

A. Ja.

- END -

RESTRICTED

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

A. Nach der heutigen Situation kann man diesen Vorschlag schon als fair bezeichnen. -

Ich muss jetzt warten, es geht nicht mehr, ich habe die Versammlung von Anfang an für eine kurze ~~[illegible]~~ Vorbereitung.

17 Fr. Dauerte wir Sie bitten einen anderen Tag wiederzukommen ?

A. Ja, ich werde nicht nach den Arbeit fliegen.

18 Fr. Dauert es wenigstens, dass wir Sie bitten um 1 Uhr 30 sprechen dürfen ?

A. Ja, ich gut.

19 Fr. Dauerten wir weiter fortsetzen ?

A. Ja.

F 102

- 000 -

~~[illegible]~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

00046

ZS-0902-47
Funk
Nr. 71 (re. 26.7.1

WIRTSCHAFTLICHE FRAGEN

I. Allgemeine Fragen : Ziele und Methoden der Wirtschaftsfuehrung, deren Erfolge und Fehlschlaege, Reibungen und Konflikte, Kompetenz-Streitigkeiten.

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4637/71 Best. ZS 902
Rep. Kat.

II. Besondere Fragen :

1. Welche Betrachtungen waren in der deutschen Wirtschaftsplanung massgeblich und entscheidend ? (In chronologischer Entwicklung)

a. Wann wurde die Wirtschaft voellig zur wahrwirtschaftlichen Hoechstleistung orientiert ?

b. Wie weit wurde die Planung durch eine Abschaetzung der voraussichtlichen Kriegsdauer beeinflusst?

c. Gab es zu jeder Zeit klare Richtlinien fuer bestimmte unmittelbare und entferntere Ziele ?

d. Wandelten sich solche Ziele wesentlich in Folge der territorialen Ausbreitung waehrend der ersten drei Kriegsjahre ?

e. Wurden die Mittel der besetzten Gebiete hauptsächlich zur Ergaenzung der deutschen Wirtschaft verwendet oder wurde ein Versuch gemacht, den Gesamtraum einheitlich zu organisieren ?

f. Wie weit bestimmten Notwendigkeiten des Augenblicks die Politik gegenueber besetzten Gebieten ?

g. Wurde ein Versuch von irgendwelcher Bedeutung gemacht, Industrien aus besetzten Gebieten nach Deutschland zu verlegen, um diese Gebiete in ein dauerndes Abhaengigkeitsverhaeltnis zu Deutschland zu bringen ?

X h. Bestand die Absicht, oder eine Diskussion eines solchen Planes, eine Neuverteilung des Volkseinkommens unter den Schichten der Bevoelkerung vorzunehmen ?

i. Wurde Deutschland's wirtschaftliche Staerke (Machtposition) dem Ausland gegenueber systematisch gepruefft? Falls ja, welche Massnahmen wurden getroffen, um eine solche relative Machtposition auszunuetzen ?

2. Wie weit erwiesen sich statistische Aemter, Statistiken und bereits vorhandene Informationen als nuetzlich fuer die Organisation der Kriegswirtschaft, und worin versagten sie, woran mangelte es ?

3. In welchem Masse wurden kleine Unternehmen gegenueber den grossen Konzernen und Staatsauftraegen beruecksichtigt ?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-48

4. Gab es Entschaedigungen fuer die Eigentuemer von Unternehmungen und Geschaeften die als nicht kriegswichtig oder ueberhaupt zufolge des Krieges liquidiert werden mussten ?

5. In welchem Masse und nach welchen Grundsaetzen gab es nicht-rationierte Gueter ?

6. Wie wurde Spekulation unterbunden ?

7. Welches waren die wichtigsten Methoden, die angewandt wurden um die Industrie staatlichen Zwecken verfuegbar zu machen und zu unterstellen ?

8. Wann und in welchem Masse wurden Schritte unternommen, um die hoechstmoegliche Beschaeftigung von Frauen zu erreichen ? Welche Methoden wurden hiebei angewandt ?

9. Welches waren die hauptsaechlichen Quellen, aus denen Arbeitskraeft in die Wehrwirtschaft abgeleitet wurden ?

10. Von welchem Alter ab traten Jungen und Maeddchen in die Industrie ein ?

11. Hatte das Wirtschaftsministerium bei Fragen von Loehnen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen oder mitzuwirken ?

FINANZIELLE FRAGEN

I. Allgemeine Fragen : Analog wie unter wirtschaftlichen Fragen.

II. Besondere Fragen :

1. Hatte die Reichsbank waehrend der Aufruestungsperiode und waehrend des Krieges praktisch die Macht eine Kontrolle ueber die Ausweitung von Geld und Zentralbank-Kreditvolumen auszuueben, oder war ihre Politik durch hoehere Weisungen festgelegt ?

2. Welche Anstrengungen wurden gemacht, um neue Ausgaben ohne im Verhaeltnis zur Produktionssteigerung zu hohe neue Fluessigmachung von Geld oder Bankkredit zu finanzieren ? Wieviel effektiv neues oder zusaetzliches Geld musste in Umlauf gebracht werden ?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

 SECRET ZS-0902-49

3. Inwieweit wurde der Bargeldverkehr durch Bankverkehr (Uebertragungen etc) ersetzt ? Welche veraenderungen traten im Zahlungsverkehr ein ?

4. Gab es bei der Reichsbank eine statutenmaessige Begrenzung der Hoehe der Passiven (Banknoten und Einlagen) ? Waren bei den Banken bestimmte Relationen festgesetzt - z.B. Fluessige Mittel : Einlagen, oder welches war die Praxis der Banken bezueglich dieser Relation ?

5. In welcher Weise operierte das Verhaeltnis und Verschiebungen zwischen den verschiedenen Typen von Finanzierungsmitteln (z.B. kurz- und langfristig) ? Welche Veraenderungen in den Aktiven der Banken waren allgemein zu beobachten (Schatzwechsel anstelle von Handelswechseln etc) ? Was bestimmte das verhaeltnismaessige Volumen ?

6. Wie gestaltete sich die Steigerung unverteilter Gewinne, die Bildung offener und stiller Reserven ?

7. Befuerchtete das Publikum eine eventuelle Preisinflation und wie versuchte es sich davor zu schuetzen ?

8. Bestand eine ruecklaeufige Tendenz im Abschluss von privaten Lebensversicherungen ?

9. Auf welchen Prinzipien basierte die Festsetzung des Kurses der Waehrungen besetzter Gebiete ? Inwieweit und aus welchen Gruenden erfolgten im Verlauf der Zeit Kursaenderungen ?

10. Inwieweit und aus welchen Gruenden interessierten sich Reichsbehoerden fuer Inflationsprobleme in besetzten Gebieten ?

11. Wenn das Reich bei zweiseitigen Handelsvertragsverhandlungen seinen Willen durchsetzen konnte, nach welchen Prinzipien wurde dann der Kurs der RM festgesetzt ?

12. Versuchte Deutschland, im Ausland gewisse Rohstoffe und Waren vorweg zu kaufen, um sie dem Gegner zuentziehen, und welches waren die hauptsaechlichen Hindernisse bei solchen Versuchen ?

13. Wie weit konnte Deutschland im Ausland auf Kredit kaufen ?

14. Welche Bestrebungen wurden gemacht, und aus welchen Gruenden, um Einkaufe von Angehoerigen der Wehrmacht in besetzten Gebieten zu beschraenken ?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-50
Funk

26.9.1945

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4637/71 Best. ZS 902
Rep. / Kat.

ANTWORTEN AUF FRAGEN BEZÜGLICH DEUTSCHER

I. ALLGEMEINES THEMA

1.) Ziele und Methoden der Wirtschaftskriegführung.

Das oberste Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik war, den [illegible] von deutscher Seite auf ohnmächtig [illegible] zu rehabilitieren. Um dieses Ziel zu erreichen, [illegible] alle verfügbaren Produktionsmöglichkeiten angespannt und alle [illegible] mobilisiert. Die Mittel einer starken Kriegsvorbereitung wurde bereits in den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus eine [illegible] Steigerung der Produktion und ein allgemeiner [illegible] Aufschwung erreicht.

Durch die erzwungene "Zwangsarbeit" und die Arbeitsbeschaffungsprogramme gelang es, die [illegible] Arbeitslosigkeit zu erreichen und die Arbeitslosigkeit [illegible] zu beseitigen. Durch den Bau der Autobahnen, der [illegible] Verkehrsmittel, insbesondere die [illegible] Ausgestaltung der Schwerindustrie (Kohlenhydrierwerke, Leichtmetallgewinnung), durch einen gewaltigen Aufstieg der Kunstdünger- und der Kunstseide- usw. in Inland und Ausland exportierbaren Verbrauchsgütern [illegible] gelang es, das [illegible] Wirtschaftspotential in einem [illegible] Maße zu steigern und den Lebensstandard zu verbessern.

Der Aufschwung wurde auf der Basis der [illegible] "Neuen Planes" neu ausgerichtet. Die Arbeitslosigkeit blieben, da auch in der Kriegswirtschaft allmählich eine Erholung aus der schweren Krise der ersten 30 Jahre eintrat und der Abwertung des englischen Pfundes und des Dollars entgegenwirkten, trotz des Aufforderungsverfahren in Kraft da es nur ein Land mit großer Auslandsverschuldung unternimmt, ohne Abwertung der Währung vorzunehmen. Die zu niedrigen Valutarichtpreisen eingeführten Waren wurden auf den deutschen Preisniveau hinaufgeschraubt. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik verfolgte das Ziel, die deutsche Wirtschaft von den Rückwirkungen [illegible] Kriegen so weit als irgend möglich freizuhalten, eine [illegible] zu machen und die Gewalt noch in weiten Umfang [illegible] Abhängigkeit des Auslands zu beseitigen; [illegible] das nationalsozialistische Regime im der Welt von [illegible] verfolgend [illegible] Einstellung begegnete und [illegible] Fälle von Konflikten [illegible] Lebensstandard [illegible] erhalten zu können.

[illegible] Stabilisierung der Preise und Löhne wurde der [illegible] Ausgaben als [illegible] Aufrüstungsausgabe [illegible] Den deutschen [illegible] Bilanz, [illegible] Zahlen [illegible] Die [illegible] von 1933 bis 1939 von [illegible] 90 Milliarden [illegible] Ausgaben [illegible] sind. So [illegible] Die [illegible] Die [illegible] Die Produktionsmittel [illegible] Erzeugung von [illegible] Anlagen [illegible] Lebensmittel [illegible]

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27 September 1958.

ZS-0902-51

[illegible]

Die [illegible] über alle wichtigen Wirtschaftsgebiete [illegible] (Kohle, Erz, [illegible], Aluminium, Stickstoff, Zement). [illegible] wurde begonnen. [illegible] Aussenhandel [illegible] Schacht'sche Plan [illegible] Austauschverkehr [illegible] Ländern, die von den [illegible] hatten. Durch diese Massnahmen konnte die [illegible] in Deutschland [illegible] und ein wenigstens teilweiser Ausgleich für die fehlenden Einfuhren aus den [illegible] gefunden werden. Durch Kreditgewährungen und [illegible] deutscher Technik und Produktionsverfahren wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zu den südosteuropäischen Staaten befestigt und verbessert.

Durch Clearing-, Verrechnungs- und Zahlungsabkommen wurde der Aussenhandel in einem bemerkenswerten Umfang aufrechterhalten. Deutschland war immer noch [illegible] Lieferland! An zweiter Stelle stand Holland. Der Schacht'sche Plan [illegible] wenn auch die grundsätzlich den Freihandel vertretenden Länder nur widerwillig und unter Vorbehalten auf dieses Handelssystem eingingen. Man muss hierbei jedoch berücksichtigen, dass in normalen Zeiten von dem deutschen Export 60 bis 65% nach Europa ging. Deutschland lieferte allein jährlich 40 Millionen Tonnen Kohle an Europa.

Auch auf dem Finanzgebiet wurde der Wirtschaftsaufschwung gefördert, indem bei sonst steigenden Steuern, für bestimmte Investitionen (kurzlebige Wirtschaftsgüter) Steuererleichterungen gegeben wurden. Die Steuereinnahmen stiegen, die Staatsausgaben allerdings noch stärker. Solange die Produktion in einem so starken Anstieg, wie geschildert war, konnte eine Kreditausweitung als unbedenklich bezeichnet, ja als notwendig angesehen werden, zumal die deutsche Wirtschaft aus dem Stadium einer schweren wirtschaftlichen Krise kam und das gesamte wirtschaftliche Leben bei einer das Leben des Volkes tödlich bedrohenden Arbeitslosigkeit sogar darniederlag.

Eine Reglementierung trat unter dem Schacht'schen Regime zunächst auf dem Gebiete des Aussenhandels und der Devisen ein. Durch die Errichtung von Überwachungsstellen und die Einführung einer strengen Devisenbewirtschaftung wurde der Aussenhandel auf die Einfuhr von nur wichtigen Gütern beschränkt und es wurden Devisenzuteilungen nur für Einfuhren und Dienstleistungen sowie für Auslandsreisen erteilt, die im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse lagen. Auf dieser Seite traten auch alsbald gewisse Beschränkungen im Verbrauch der Güter ein, die aus dem Ausland bezogen wurden, insbesondere der Lebensmittel. Da zugleich die Produktion von Investitionsgütern stark angetrieben wurde und die Produktion von Verbrauchsgütern nur langsam anstieg, entstand alsbald [illegible] Verbrauchsmöglichkeit über die [illegible] Geldmenge.

Diese Entwicklung [illegible] Schacht [illegible] (!) den Kapital- [illegible] Kapital [illegible] [illegible] Reichsbank [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

Kopf Kon
ZS-0902-52

[illegible]

2. [illegible]

[illegible]

In Jahre 1942 ist nach seiner Ansicht der [illegible] nicht mehr gewachsen, während die [illegible] weiter [illegible] (Auf diese Probleme werde ich bei der Behandlung einzelnen noch eingehen.)

Empfindliche Nachschubprobleme traten erst im Jahre 1944 ein, als die besetzten Gebiete weitgehend verloren gingen, [illegible] durch die Bombenterroristen zerstört wurden und das [illegible] Leben durch Evacuierungen und Einberufungen [illegible].

III 3. Kompetenzen - Reibungen - Konflikte

Die Wirtschaftsführung lag von 1933 bis Ende 1937 bei Dr. Schacht, der sowohl Reichswirtschaftsminister wie Reichsbankpräsident (bis 1939) war, und bis 1938 wurde durch die Vollzugsorgane des Vierjahresplan und Schacht die Kompetenzen der Ausführungsbehörden beschnitten wurde. Die eigentliche Rüstungswirtschaft lag allerdings schon unter Dr. Schacht von Beginn an bei [illegible] und [illegible] des Kriegsministeriums und durch die einzelnen Waffen- und Heeresabteilungen [illegible]. Neben [illegible] Aufgabe [illegible] Schacht [illegible] Rohstoff und [illegible] Sonderaufgaben [illegible].

Ursprünglich war noch in Aussicht genommen, daß Dr. Schacht einer [illegible] unter einem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft [illegible] Kriegswirtschaftlichen Aufgaben [illegible] gerufen werden sollte. Diese Lösung ist jedoch in dieser Form nicht zustande gekommen, da der Beauftragte [illegible] Vierjahresplan [illegible] Leitung der Kriegswirtschaft. Freilich in Anspruch nahm [illegible] Speer in seiner Ministerzeit [illegible] Kompetenzen vereinigte und als [illegible] für Rüstung und Kriegsproduktion die [illegible] der deutschen Kriegswirtschaft [illegible] hatte. Seine Ernennung zum Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft im Kriegsministerium [illegible] und Speer hatte [illegible] Bedeutung.

Mit der Ernennung des Vierjahresplanes wurde ein wirtschaftlicher Oberbefehlshaber [illegible] Beauftragten, der der Beauftragte des Vierjahresplanes [illegible] und [illegible] hatte. Die Generalbevollmächtigten des Vierjahresplanes leiteten nicht die Kriegswirtschaftsführung im [illegible] Vollzugsorgan ab, sondern [illegible] von [illegible] 1936 [illegible] wurde, [illegible] Stellen [illegible].

Bei Beginn des Krieges bei schon 1937 [illegible] Reibungen und Differenzen auf, die [illegible] Gebiete [illegible] Kompetenzen [illegible] Dienstbereich [illegible] Kompetenzen [illegible] personelle und strukturelle Veränderungen [illegible] des Vierjahresplanes [illegible] Kompetenzen [illegible] Reichsbank [illegible].

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-0902-53

Walter FUNK

Seit 1942 trat der Vierjahresplan voellig hinter Speer zurueck und beschaeftigte sich im wesentlichen nur noch mit der Gold- und Devisenpolitik und der Abwicklung der treuhaenderischen Verwaltung der Unternehmungen der besetzten Ostgebiete sowie ueberhaupt mit Wirtschaftsfragen der besetzten Gebiete, fuer die der Vierjahresplan vom Fuehrer besondere Vollmachten erhalten hatte. Wirtschaftliche Anordnungen fuer die besetzten Gebiete konnte nur der Vierjahresplan nicht die Fachminister geben. Da Speer von Goering zum Generalbevollmaechtigter fuer Ruestung im Vierjahresplan ernannt wurde, erhielt er auch die einzigartigen Vollmachten der Beauftragten des Vierjahresplans fuer den Vierjahresplan und sein Planungsamt war eine Institution des Vierjahresplanes, also eine ueber den Fachministerien stehende Behoerde.

Im Sommer 1943 uebergab ich die gesamte zivile Produktion an Speer, da die Ruestung die Lenkung saemtlicher industrieller Kapazitaeten verlangte, um je nach Bedarf auch Betriebe der zivilen Fertigung fuer Ruestungszwecke in Anspruch nehmen zu koennen. Ueberdies wurde die Wirtschaft im Kriege nach zwei verschiedenen Systemen gelenkt, naemlich nach dem System der Reichsbevollmaechtigten des Reichswirtschaftsministeriums mit den Reichsstellen und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft mit Wirtschafts- und Fachgruppen einerseits und nach dem System der Ausschuesse und Ringe des Ruestungsministeriums andererseits. Da die Ruestung allmaehlich nahezu alle Produktionsgebiete fuer sich in Anspruch nahm, entstanden dauernd Reibungen und Differenzen zwischen den Funktionaeren und Dienststellen der beiden verschiedenartigen Lenkungssysteme, die ueberdies ihre Weisungen von zwei verschiedenen Ministerien erhielten. (Auf diese Zusammenhaenge werde ich unter Punkt 7 naeher eingehen, wo die Methoden der Lenkung der Wirtschaft im einzelnen behandelt werden sollen).

Schon unter Todt lag beim Ruestungsminister die Lenkung der Energiewirtschaft, und das gesamte Bauwesen wuchs allmaehlich auch in dieses Ministerium hinein. Nachdem Speer die gesamte Produktion uebernommen hatte, verblieben dem Reichswirtschaftsminister nur noch die grundsaetzliche wirtschaftspolitische Fuehrung, die Verteilung der Verbrauchsguter und die technische Durchfuehrung der Aussenhandelsangelegenheiten sowie schliesslich die Aufsicht ueber das Gold- und Kreditwesen, das Versicherungswesen und die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. In bezug auf die Finanzierung der Ruestungswirtschaft konnte der Ruestungsminister ueber das Ruestungs-Konto frei schalten. Im Aussenhandel musste er die Produktionsinteressen ebenso vertreten wie das Oberkommando der Wehrmacht die Heeresgeraetelieferungen. Die Fuehrung der Aussenhandelspolitik und der Handelsvertragsverhandlungen mit dem Auslande beanspruchte das Auswaertige Amt.

Die zentrale Planung unter Leitung von Speer hatte im wesentlichen nur die Aufgabe, die Anforderungen der einzelnen Bedarfstraeger (Wehrmacht, Verkehr, Konsum, Aussenhandel &c) in bezug auf die Zuteilung der Rohstoffe abzustimmen. Es fanden sehr selten Sitzungen statt. Meist ein Mal per Quartal, zuletzt noch weniger. Die Taetigkeit des Planungsamtes unter Leitung von Kehrl machte sich dagegen auf allen Wirtschaftsgebieten fuehlbar. Von hier aus ging eine totale planwirtschaftliche Lenkung aus (s.w.u)

In der Partei wurde die Wirtschaftspolitik durch die Parteikanzlei und die Gauwirtschaftsberater wahrgenommen. Die Parteikanzlei war bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen und Beratungen der Fachministerien eingeschaltet. Durch ihr Veto wurden oftmals wichtige Entscheidungen monatelang hinausgeschoben(z.B. Steuerfragen, sozialpolitische Fragen, geldpolitische Probleme,u.a.m) Am staerksten war die Partei naturgemaess an Organisationsfragen interessiert, weil sie immer bestrebt blieb, auf die Wirtschaftsfuehrung, insbesondere in der Gauinstanz, Einfluss zu nehmen. Die Partei erblickte in der Wirtschaft ganz allgemein gesehen einen Fremdkoerper im nationalsozialistischen Staat, denn sie radikale Richtung in der Partei war kollektivistisch orientiert und verlangte

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27 December 1958.

ZS-0902-54

Walter FUNK

die Verstaatlichung der Grundindustrien und der Banken und Versicherungen, sowie ein Kollektiv-Ves Handelssystem(Regiebetriebe und Vertriebe!) Der Fuehrer selbst jedoch stand voellig klar auf dem Standpunkt des Privateigentums und der Privatinitiative in der Wirtschaft sowie auf dem Standpunkt dass der freie Wettbewerb zwar ein grausames Ausleseprozess aber ein notwendiges Ausleseprozess sei, um die hoechstmoeglichen Leistungen zu erzielen. So kam es dass die privatwirtschaftliche Grundtendenz in der deutschen Wirtschaftspolitik trotz gegenteiliger Bestrebungen in der Partei gewahrt werden konnte und es immer wieder gelang, der privaten Initiative und Verantwortung und der schoepferischen Persoenlichkeit/ noch Entfaltungsmoeglichkeiten zu sichern. Der freie Wettbewerb ging allerdings in der Kriegsplanwirtschaft des Speer-Kehrl'schen Systems so gut wie ganz verloren.

Speer hatte uebrigens bis zuletzt gegen die andauernden Beinflussversuche und Einmischungen der Partei in der Wirtschaftspolitik anzukaempfen. Bei den radikalen Massnahmen zur Totalisierung der Kriegsfuehrung wurde die Partei auch auf dem Ruestungssektor mit weitgehenden Vollmachten eingeschaltet, gegen die sich Speer wehren musste.

Einzelne Gauleiter waren ueberhaupt wirtschaftspolitisch sehr aktiv, so Mutschmann(Sachsen), der durchaus staatswirtschaftlich eingestellt war, und Schwede-Coburg (Pommern) der unter Einsatz seiner Marktposition als Gauleiter mit Nachdruck die Verstaatlichung des Versicherungswesens betrieb. Andere Gauleiter betrieben fortlaufend die Errichtung gaueigener Unternehmungen auf wichtigen Wirtschaftsgebieten und schufen sich mit allen moeglichen Mitteln gaueigene Bankinstitute. Die Parteikanzlei und die Gauleiter verlangten immer wieder die Einsetzung von der Partei genehmen Personen in die leitenden Stellen der Wirtschaft,insbesondere bei den Banken. Auf diese Weise kam die Wirtschaftsfuehrung nie zur Ruhe, obwohl es mir im allgemeinen gelang, mit der Partei zu einem gewissen Ausgleich und mit den Gauleitern zu einer ertraeglichen Zusammenarbeit zu gelangen. Auch mit der Arbeitsfront konnte ich einen Arbeitsfrieden herstellen der allerdings immer wieder durchbrochen wurde. Die Arbeitsfront hatte sich in ihren Fachaemtern eine eigene Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftsbeaufsichtigung geschaffen. Immer wieder versuchte die Arbeitsfront ihre wirtschaftliche Machtposition durch Erwerb wichtiger Unternehmungen auf den verschiedensten Gebieten zu erweitern(Volkswagenwerk, Konsumgenossenschaften, Versicherungskonzerne, Bank der deutschen Arbeit, Werften und sogar Erdoeluntornehmen)

II BESONDERE FRAGEN

Punkte a,b,c,d,

Wann wurde die Wirtschaft voellig zur wehrwirtschaftlichen Hoechstleistung orientiert?

Bis zum Kriege nahm der oeffentliche Bedarf von der Gesamtproduktion etwa 1/3 in Anspruch, 2/3 entfielen auf den privaten Bedarf.

Im Verlaufe des Krieges trat eine voellige Umkehrung dieses Verhaeltnisses ein.

Durch Herstellungsverbote fuer nicht kriegswichtige Produktionen und durch die Kontingentierung der Rohstoffe wurde die zivile Produktion gleich im Beginn des Krieges stark eingeschraenkt. Als Wirtschaftsminister hatte ich die Pflicht, mich fuer eine Aufrechterhaltung der Verbrauchsgueterproduktion soweit dies irgendwie vertretbar war, einzusetzen. Die Wehrmacht und die Ruestung hatten naturgemaess diesen Standpunkt bekaempft. Nach dem in wenigen Wochen gewonnenen Polenfeldzug zeigte es sich dass die Einschraenkungen und Stillegungen auf dem Verbrauchsgueterektor zu weitgehend gewesen waren und das die Ruestungsproduktion weder die stillgelegten Betriebs-kapazitaeten noch die freigesetzten Arbeitskraefte aufnehmen konnte.

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27 September 1958.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

for FUNK

Es drohte im Herbst 1939 eine Arbeitslosigkeit. Mitbestimmend
fuer diese Entwicklung war, dass die Ruestung vorwiegend ihre
Auftraege andie grossen besonders leistungsfaehigen Unternehmungen
erteilt hatte.
Die mittlere und die Kleinindustrie kam in Schwierigkeiten.
Es wurden nunmehr Ausgleichsstellen fuer oeffentliche Auftraege
bei den Wirtschaftskammern errichtet und die Verbrauchsgueterindus-
trie konnte wieder staerker beschaeftigt werden. In der weiteren
Entwicklung zeigte sich dann die bemerkenswerte Erscheinung, dass
gerade die Wehrmacht vielfach umfangreiche Auftraege in Gebrauchs-
artikeln erteilt hatte, die bis zu Tafelservicen, Rasierapparaten,
u.a.m. gingen und dass die Wehrmachtsformationen z.T. ganz bedeut-
ende Lager in allen moeglichen Gebrauchsguetern unterhielten, da
erst in den letzten Monaten des vergangenen Jahres auf ihre Not-
wendigkeit hin kontrolliert und fuer die an diesen Dingen seit
Jahren schon notleidende Bevoelkerung freigemacht wurden. Uebrigens
bewiesen Industrie und Handwerk eine erstaunliche Anpassungsfaehig-
keit an die im Kriege dauernd wechselnden Situationen, in dem
aus den verschiedensten Not- und Hilfsstoffen sowie unter Verwendung
voeblig neuer Stoffe Gebrauchsgueter hergestellt wurden.
Im vierten und fuenften Kriegsjahr allerdings wurde die Lage
in der Konsumgueterindustrie und in Handel und Handwerk fortgesetzt
schwieriger, da nahe alle irgendwie fuer die Wehrmacht geeigneten
Kraefte eingezogen und andauernd neue Abziehungen von Arbeitskraeften
in der Ruestung erfolgten. Die Arbeitskraefte auf diesen zivilen
Sektoren einschliesslich Bankenund Versicherungen waren gegen
Einziehungen und Abziehungen so gut wie garnicht geschaetzt.
Erst zu Beginn des Jahres 1943 wurde mit der Erklaerung des
totalen Kriegseinsatzes die Wirtschaft vollstaendig auf die wehr-
wirtschaftlich Hoechstleistung eingestellt, nachdem im Jahre 1942
eine durchgreifende Rationalisierung der Ruestungsindustrie von
Speer mit bestem Erfolge durchgefuehrt worden war. In diesem
Zusammenhang erhebt sich die Frage, warum die Umstellung der
Ruestungsindustrie auf den Serienbau, auf das laufende Band und
den bestarbeitenden, am staerksten durchrationalisierten Betrieb
nicht schon in den ersten Kriegsjaehren erfolgt ist? Zur Beant-
wortung dieser gewiss schwerwiegenden Frage muss darauf hingewiesen
werden dass die Initiative fuer solche aufeinschneidenden Massnahmen
von keiner Seite kam, von Ruestungsminister Todt allerdings ver-
schiedentlich versucht wurde, eine rationellere Arbeitsweise in der
Ruestung durchzufuehren. Die oberste Lenkung der Kriegsproduktion
lag in der Hand des Vierjahresplanes, der sich allerdings wenig
mit Einzelfragen der Ruestung befasste. Hier waren die Waffenaemter
der drei Wehrmachtsteile noch selbstaendig und noch nicht selbst
dem Ruestungsminister unterstellt. Von der Industrie selbst aber
konnte eine so durchgreifende Rationalisierung wie sie spaeter Speer
durchfuehrte nur dann verantwortet werden, wenn ein entsprechender
kontinuierlich(?) steigende Absatz garantiert war, um die enormen
Unkosten zu decken und die notwendigen Sicherheiten fuer die Zu-
kunft zuschaffen. An Rationalisierungsvorschlaegen fehlte es nicht.
Weitgehende organisatorische und technische Verbesserungen sind auf
die Arbeit des Reichskuratoriums duer Wirtschaftlichkeit zurueck-
zufuehren. Aber zu dem durchgreifenden Rationalisierungs- und Um-
stellungsprozess, zur Serienfabrikation und zur radikalen Betriebs-
ja Betriebszweig -rationalisierung kam es nichts weil es so wohl
an der Initiative wie an den Voraussetzungen fehlte.
Im totalen Kriegseinsatz wurde die zivile Fertigung immer
staerker eingeschraenkt. Die Produktion wurde dauernd unzureich-
ender, zumal der Bedarf durch die Bombenschaeden immer mehr anwuchs.
Auch die territoriale Auswertung durch die besetzten Gebiete
brachte nur wenig Hilfe. In Frankreich und Belgien gelend es aller-
dings mittels sog. Einkaufringen betraechtliche Gebrauchsgueter-
mengen fuer den deutschen Bedarf im normalen Geschaeftsverkehr zu
sichern und den sog. schwarze Maerkten die Zufluesse etwas abzu-
stoppen. Es wurde schliesslich auch zunehmend zivile Fertigung
aus Deutschland in die besetzten Gebiete, insbesondere nach Frank-
reich verlegt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Walter FUNK

Die Rohstoffe und Materialien sowie Fachkraefte und Fabri-
tionsmethoden und Erfahrungen wurden von Deutschland zur Verfue-
gung gestellt. Damit wurde der deutschen Konsumgueterindustrie
ein weiteres schweres Opfer auferlegt. Durch die forderten(?)
Arbeiteranwerbungen in den besetzten Gebieten traten auch dort in
der zivilen Produktion Schwierigkeiten auf. Schliesslich fuehrten
die zunehmenden Verkehrsschwierigkeiten auch dort zu Stockungen
und Einschraenkungen. Mit der Invasion hoerten diese Lieferungen
voellig auf und es bleiben erhebliche Bestande an Material und
Fertigwaren in den Westgebieten zurueck.

Punkte e und f.

Die Wirtschaft der besetzten Gebiete wurde, wie die vor-
stehenden Ausfuehrungen zeigen, mit in der deutsche Gesamtplanung
einbezogen.

Es wurde auch in diesen Gebieten die Kontingentierung der
Rohstoffe und die Auftragserteilung organisiert. Die in den be-
treffenden Laendern vorhandenen oder neu geschaffenen Wirtschafts-
organisationen wurden eingeschaltet. In der Ruestung bestimmten,
soviel mir bekannt ist, Einzelbeauftragte die Produktionsvorgaenge.
Dass hierbei nach den durch die jeweiligen besonderen Verhaeltnisse
bestimmten Notwendigkeiten verfahren wurde, ist sicher, d.h. es
wurde dem Kriegswirtschaftlichen Bedarf das Primat eingeraeumt.
Eine andere Politik waere nach Lage der Dinge fuer die
besetzten Gebiete auch gar nicht vertretbar gewesen. Der Vorteil
durch das schnelle Wiederingangbringen der Produktion und durch
die umfangreichen Auftraege gerade an die Verbrauchsgueterproduktion
zwar fuer diese Gebiete entscheidend. Im Osten lagen die Dinge
naturgemaess anders als im Westen. Im Osten wurden weitueberwiegend
die Rohstoffproduktionen vorangetrieben. Ich bin der Ueberzeugung
dass die franzoesische und die belgische Industrie durch diese
deutsche Wirtschaftspolitik in der Besetzungszeit erhebliche und
dauernde Vorteile gehabt haben. Die vielfachen oft tiefgreifenden
Umstellungen in der Ruestung mussten sich u.U. auch in den be-
setzten Gebieten zum mindesten indirekt auswirken, obwohl es dort
eine Ruestungsindustrie im eigentlichen Sinne kaum gab. Ueber diese
Probleme bin ich nicht naeher orientiert.

Punkt g.

Es ist mir kein Fall bekannt, bei dem es sich darum handelte
Industrien aus den besetzten Gebieten nach Deutschland zu verlege
um diese Gebiete in ein dauerndes Abhaengigkeitsverhaeltnis zu
Deutschland zu bringen. Im Gegenteil, es wurden dem Ausland zum
Ausbau seiner Rohstoffgrundlagen die notwendigen Investitionsgue
Fachkraefte und Erfahrungen weitgehend zur Verfuegung gestellt u
umfangreiche Auftraege ins Ausland verlegt(z.B. in Waffen). Es
wurden fuer diese Investitionen von Deutschland auch grosszuegig
Kredite zur Verfuegung gestellt. Ich erinnere in diesem Zusamme
an den Ausbau des Aluminiumvorkommens und der Kraftwerke in Nor
an die nachhaltige Foerderung der Erdoelindustrie in Rumaenien
Ungarn, an die Erzvorkommen in Serbien und Bulgarien, Bauxit
in Kroatien, die Neuentwicklung landwirtschaftlicher Kulturen a
dem Balkan u.a.m.

Punkt i

Bei den Uberlegungen fuer die Handelsvertragsverhandlungen
musste naturgemaess die Frage eine Rolle spielen, wie stark o
schwach die Position Deutschlands gegenueber den auslaendisch
Partnern war. Sie war vorwiegend schwach, da der Bedarf fuer
Rohstoffe in Deutschland in anbetracht der gewaltig ansteigen
Ruestungsproduktion und der starken Vermehrung der Arbeitskra

DECLA
Septemb

56

10

No 5200.9,27

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

 ZS-0902-S

stets dringend und steigend war und umgekehrt die deutschen Lieferungsmoeglichkeiten staendig geringer wurden, da die Ruestung immer mehr Rohstoffe, Materialien, Kapazitaeten und Arbeitskraefte fuer sich beansprucht. Das Ausland verlangte aber gerade Konsumgueter. Trotz stark steigender Kohleproduktion (1943 bis auf ca. 550 Millionen Tonnen!) stand Kohle fuer den Export in immer geringerem Masse zur Verfuegung. Ebenso Stahl und Eisen. Wenn Heeresgeraet eingesetzt werden konnte, verbesserten sich natuergemaess die Chancen der deutschen Unterhaendler. Die deutsche Position konnte aber immer nur je nach der jeweiligen Lage ausgenutzt werden. Mit politischem Druck wurde bei den Handelvertragsverhandlungen niemals operiert. Es waere auch zwecklos gewesen!

Punkt 2

Die amtliche und private deutsche Statistik hat im allgemeinen gut gearbeitet (Statistisches Reichsamt, Institut fuer Wirtschaftsforschung) Sie litt sehr unter der Vielzahl der Stellen, die statistische Erhebungen vornahmen (Staat, Partei, Wehrmacht, Arbeitsfront, Industrie, Organisationen, Verbaende, Vereine usw.) Der statistischer Zentralausschuss als Organ des Vierjahresplanes sollte Ordnung in diese Dinge bringen, was aber nur z.T. gelang. Das Ruestungsministerium und das Planungsamthatten einen sehr gut arbeitenden statistischen Apparat.

Punkt 3

Auf diese Frage ist bereits unter 1 naeher eingegangen worden. Zu den Grundsaetzen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gehoerte es, den Mittelstand gegen eine ueberlegene Konkurrenz seitens der Konzerne und Grossbetriebe zu schutzen. Das Handwerk erfreute sich besonderer Fuersorgen. Die Arbeitsfront allerdings hat mit dem staendig wachsenden Verdringen ihrer Konsumgenossenschaften dem Mittelstansgedanken schwere Abbruch getan (vgl. S.12 unten u. S.13 oben).

Punkt 4

Entschaedigungen fuer die durch die Kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten zur Stillegung gekommen. Betriebe wurden auf Grund eines von der Wirtschaft selbst organisierten Selbsthilfeverfahrens gezahlt. Die Richtlinien waren in der Industrie, im Handwerk und im Handel verschieden. Traeger waren die Reichsgruppen unter Fuehrung der Reichswirtschaftskammer.

Punkt 5

Nichtrationierte Gueter waren alle diejenigen die ohne Marken, Punktkarten und Bezugsscheine verkauft und gekauft werden konnten, die also nicht bewirtschaftet waren. Die Anzahl dieser Gueter schrumpfte immer mehr zusammen, je geringer die Produktion in Verbrauchsguetern wurde. Allmaehlich entwickelten sich auf diesem Gebiet Missstaende je mehr diese Waren "Mangelware" wurden. Man pflegte sie scherzhaft "Bueckware" (Bend-goods) zu nennen, weil sie erst dadurch zum Vorschein kamen dass die Verkaeufer sie durch Buecken unter dem Ladentisch hervorholten. Das Tauschen von Waren wurde lokal organisiert, um Preisuebervorteilungen vorzubeugen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

No. 5200.9,27

ZS-0902-58

Es wurden sog. "Tauschboersen" von den staedtischen Verwaltung
organeninstalliert. Schliesslich erhielten nicht rationierte
Gebrauchsgegenstaende, insbesondere Haushaltsartikel nur noch
Fliegergeschaedigte gegen Fl.Bedarfsscheine. Ein besonderes
Kapitel waren die Handel mit Kunstgegenstaenden, insbesondere
Gemaelden, gab es gemaess einer persoenlichen Weisung des Fueh
keine Hoechstpreise. Auf den Kunstauktionen ueberboten sich d
Vertreter einzelner bekannter Persoenlichkeiten aus Partei und
Staat, die Galeriedirektoren und private Sammler in einer gerad
hemmungslosen Weise, so dass fuer einzelne Gemaelde nach gerade
Phantasiepreise gezahlt wurden. Hier galt ebenso wie in der
Ruestung die Parole, "Geld spielt keine Rolle." Von diesen
Auktionen und Preisengingen aber ueberaus schaedliche psychologi
Auswirkungen auf die Bevoelkerung aus, die in derartigen Preis-
ausschreitungen Inflationszeichen erkennen zu muessen glaubte.
Es ist nur nicht gelungen, diese Auswuechse erfolgreich zu beka
Als die Bombenschaeden dauernd und schliesslich in geradezu er
schreckender Weise zunahmen, verging den Bilderhamsterern allerd
auch etwas die Lust zum Kauf um jeden Preis, da sie nicht mehr
wussten wo sie die Gemaelde auch die antiken Moebel sicher lager
konnten.

Im Juwelenhandel waren nur Verkaufe zu bestimmen, staatlich
genehmigten Zwecken, insbesondere fuer den Export erlaubt. Die
Preise wurden nach allgemeinen Richtlinien festgesetzt. Sie lag
naturgemaess ein Vielfaches ueber den Einstandspreisen. Unberecht
Gewinne verfielen der radikalen Kriegsbesteuerung. Besonders
schwierig lagen die Dinge bei Erbteilungen, da die Erben, die nic
die Juwelen, sondern das Geld erhielten, den im Handel unter der
Hand oder im Export gueltigen Preis zu erhalten wuenschten. Hier
standen die Erbschatsgerichte oft vor sehr schwierigen Problemen.
Es musste in solchen Faellen behoerdlicherseits groessere Aufschl
genehmigt werden. Fuer die Gesamtwirtschaft spielten naturgemaes
alle diese Vorgaenge keine Rolle.

Punkt 6

Gegen die Spekulation wurde vor allem auf den Effektenmaerkte
vorgegangen. Es wurden alle Aktienkaeufe von einem bestimmten
Umfange an unter Deklarationszwang gestellt. Diese Aktien, wenn
sie nach einem bestimmten Termin erworben worden waren, mussten
der Reichsbank angeboten werden, die dann nach der Lage des
einzelnen Falles entschied ob die Aktien abgeliefert werden musste
Entscheidend hierfuer war, ob die Kaeufe aus wirtschaftlich berech
igten Gruenden (Konzernaktien usw.) oder aus spekulativen Erwaegung
insbesondere um Sachwerte zu besitzen vorgenommen worden waren. Al
Uebernahmekurs wurde der amtliche Boersenkurs zu einem bestimmten
Termin festgesetzt. Im Jahre 1943 wurden dann Hoechstkurse an der
Boerse eingefuehrt, nachdem schon vorher die Kursfestsetzung von
Kommissaren kontrolliert worden war. Geschaefte ausserhalb der
Boerse und unter Nichtbeachtung der Hoechstkurse waren wichtig.
Grossen Umfang hatte die Aktienspekulation nicht. Die Spekulation
mit Warenvorraeten war ebenfalls nicht bedeutend. Es gab hier
Vorschriften fuer den Zwang zur Lagerraeumung unter gewissen Voraus-
setzungen. Die Disziplin der deutschen Kaufleute war im Kriege im
allgemeinen hervorragend.

Punkt 7

Die Lenkungen Produktion und Handel erfolgte bus zur Aera
Speer durch die Reichsstellen an deren Spitze Reichsbeauftragte
standen. Den freien Wettbewerb war hierbei noch ein weiter Spiel-
raum gegeben. Im einzelnen regelte die Wirtschaft ihre Angelgen-
heiten durch ihre Selbstverwaltungsorgane, die Reichsgruppen, Wirt-
schaftsgruppen und Fachgruppen. Nach dem von mir gegebenen Direk-
tionen sollte der Staat die Wirtschaft fuehren, aber nicht verwalten
und nicht selbst wirtschaften.

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27
September 1958.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-0902-59

Eigene Wirtschaftsbetriebe des Staates haben nach meiner Aussicht nur dann eine Berechtigung, wenn damit volkswirtschaftlich notwendige Aufgaben geloest werden, die die Privatwirtschaft nicht zu loesen vermag. Der Staat soll seine Machtposition nicht in wirtschaftlichen Wettbewerb ausueben. Wenn Staatsunternehmungen reprivatisiert werden koennen, dann soll es ohne Verzug geschehen. Wenn der wirtschaftende Staat der Wirtschaft Vorbild sein kann, ist es gut, aber aus dieser Belehrung soll die Wirtschaft dann auch Nutzen ziehen. Im allgemeinen wird die Staatswirtschaft nur mittelmaessige Leisten und zur Sterilitaet im wirtschaftlichen Lebensprozess fuehren. Durch das von Todt eingefuehrte, von Speer mit letzter Konsequenz entwickelte System der Ausschuesse und Ringe wurde eine fast luckenlose Planwirtschaft geschaffen, in dem nunmehr die von Ruestungsminister eingesetzten Organe, also insbesondere die Leiter des Ausschusses und Ringe alle Produktionsvorgaenge bestimmten, d.h. anordneten, wer, was, wo, und wie, produziert wurde. Damit erhielten die Wirtschaftler selbst, also die Konkurrenten der uebrigen Betriebe ihres Zweiges, die Entscheidung ueber Leben und Tod der einzelnen Unternehmungen. Sie erhielten Hoheitsaufgaben ein System das von der Wirtschaft selbst ueberwiegend abgelehnt wurde Obwohl ich selbst aus grundsaetzlichen Erwaegungen dieses System ebenfalls ablehne, muss bei objektiver Wuerdigung zugegeben werden, dass (1) dieses System grosse Erfolge gebracht hat und (2) die tiefgreifenden Umstellungen und Eingriffe in den Betrieben auf Grund der umfassenden Rationalisierungsmassnahmen nur von Fachleuten durchgefuehrt und gelenkt werden konnten. Andere Menschen standen einfach nicht zur Verfuegung. Der Erfolg entscheide auch hier. Speer selbst hat immer zugegeben dass dieses System nur unter dem unabweisbaren Zwang des totalen Kriegseinsatzes der Wirtschaft verantwortet werden konnte.

Punkt 8

Der Einsatz der Frauen in die Produktion erfolgte sehr langsam und behutsam, da der Fuehrer ein Gegner der Frauenarbeit war. Erst mit der Erklaerung des totalen Krieges zu Beginn des Jahres 1943 und mit der Einsetzung von Dr. Goebbels zum Reichsbeauftragten fuer den totalen Kriegseinsatz fand ein, nunmehr allerdings ganz ruecksichtsloser Einsatz der Frauen fuer die Ruestung statt (Sommer 1944). Im Handel und in der Landwirtschaft war die Frauenarbeit seit Kriegsbeginn in grossem Umfang ueblich, da die Aufrechterhaltung dieser Betriebe ohne Frauneinsatz voellig unmoeglich gewesen waere. Die mit grosszuegigen Zuwendungen unterstützten Frauen der Kriegsteilnehmer waren nach der Meinung des Volkes viel zu lange vor dem Arbeitseinsatz geschuetzt gewesen, ebenso wurden die Frauen mit kleinen Kindern ueberaus ruecksichtsvoll behandelt. Hierueber war im Volke eine ziemliche Mitstimmung vorhanden, insbesondere bei den Frauen in der Landwirtschaft und Handel und in anderen Berufen, vor allem der Ruestungsindustrie selbst immer, insbesondere aber auch seit Kriegsbeginn gearbeitet hatten, zumal es sich bei den geschuetzten Frauen in der ueberwiegenden Mehrzahl um junge, kraeftige, arbeitsfaehige Frauen handelte.

Punkt 9

Die hauptsaechlichen Quellen aus denen Arbeitskraefte fuer die Ruestung abgegeben wurden waren Handel, Handwerk, die gesamte Verbrauchsgueterproduktion, die Behoerden und die freien Berufe. Die auslaendischen Arbeiten bilden ein besonderes Kapitel.

Punkt 10

Jungen und Maedchen traten von 14 Lebensjahr ab in die Indu als Arbeitskraefte ein.

59

ZS-0902-60

Bei der Regelung von Fragen der Lohn - Arbeitszeit
sonstigen Arbeitsbedingungen war das Reichswirtschaftsministerium
nicht zustaendig oder mitbestimmend, es wurde nur im Rahmen von
interministeriellen Besprechungen beteiligt wenn es sich um Fragen
mit grundsaetzlichen wirtschaftspolitischen Auswirkungen handelte.

B: FINANZIELLE FRAGEN

I. ALLGEMEINE FRAGEN

Oberstes Ziel der deutschen Waehrungspolitik war die Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes.

Der innere Wert des Geldes, d.h. die Inlandskaufkraft ist im wesentlichen von folgenden Faktoren abhaengig:

1) Autoritaet des Staates und Verantwortungsbewusstsein des Volkes;
2) Ordnung und Disziplin im Staats- und Wirtschaftsleben;
3) geordnete Staatshaushalt;
4) feste Preise und Loehne;
5) ausgeglichene volkswirtschaftliche Bilanz. Das Geldvolumen und das Guetervolumen muessen in Einklang stehen;
6) Vertrauen des Volkes zu einem gegebenen politischen und wirtschaftlichen Zustand.

Der aeussere Geldwert ist abhaengig von der inneren Wirtschaftsordnung, insbesondere von der Kaufkraft des Geldes im Inlande und von der Zahlungsbilanz im Verkehr mit dem Auslande. Ist die Zahlungsbilanz in Ordnung zu halten und ausgeglichen und sind die oben aufgezaehlten Voraussetzungen gegeben, so ist die Festlegung und Festhaltung eines bestimmten Geldwertes auf der einen Seite ein autonomer staatlicher Akt (das Geld ist eine staatliche Funktion), auf der anderen Liste eine Frage der Geldtechnik und der richtigen Organisation.

Solange die Kreditausweitung verbunden war mit einer steigenden Arbeitsleistung und Produktion und solange zwischen dem Geldvolumen und dem durch Geld zu bewegenden Guetervolumen sowie den mit Geld abzugeltenden Dienstleistungen keine zu grosse und keine wachsender Diskrepanz bestand, war fuer die Wahrung keine Gefahr vorhanden. Je laenger der Krieg dauerte, umsomehr vergrosserte sich die Diskrepanz zwischen Geld- und Guetervolumen. Bei einer privaten Geldkapitalbildung von schaetzungsweise 100 Milliarden im Jahre 1943 konnten in Gutern, Investitionen, Effekten und Krediten vielleicht 45 bis 50 Milliarden Verwendung finden: 50 bis 55 Milliarden RM wurden in Bank- und Sparkassenguthaben, in Versicherungen und in Banknoten angelegt. Die Bank- und Sparkassenguthaben und die Versicherungsmittel wurden wiederum vorzugsweise zum Ankauf von Reichsschuldtiteln verwendet also fuer die Kriegsfinanzierung eingesetzt. Dieses Geldkapital fand also ueberwiegend und zwar zwangsläufig seinen Gegenwert in den Kriegsschulden des Reiches, eine Tatsache, die bei der Beseitigung der Kriegsschulden schwerwiegende Folgen haben muss. Man kann ueberschlaegig ca. 100 Milliarden Sparguthaben, 200 Milliarden Bankdepositen und 60 bis 65 Milliarden Banknotenumlauf annehmen. Die Masse der Versicherungsummen ist mir nicht in Erinnerung. Es handelt sich hierbei aber auch um eine hohe listellige Milliardensumme. Diese riesige Geldkapital konnte sich nicht inflationistisch auswirken, weil Autoritaet und Verantwortungsbewusstsein einerseits und Ordnung und Disziplin hinsichtlich der Preise und Bewirtschaftungsvorschrif andererseits eine derartige Auswirkung nicht zulassen.

SECRET

01
60
44

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27
ber 1958.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-61

Diese gewaltig aufgestaute Kaufkraft wurde [illegible] Eis gelegt. Der Auftauungsprozess waere in jedem Falle schmerzlich gewesen. Jetzt, nach dem Zusammenbruch muss er einen tiefeinschneidenden Wertschwund beim Geldkapitel oder die alle Werte in ihren vernichtenden Strudel hineinreissende Inflation zur Folge haben.

Dieses ist das entscheidende Problem, vor dem die Geld- und Finanzpolitik jetzt in Deutschland und jede Finanz- und Wirtschaftspolitik im Zeitpunkte der Liquidierung der Kriegsschulden und der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft steht.

BESONDERE FRAGEN

Punkt 1

Die Reichsbank hatte waehrend der Aufruestungsperiode und waehrend des Krieges nicht die Macht, eine von ihr als nicht vertretbar angesehene Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens zu verhindern. Unter der Aera Schacht also bis 1939, hat die Reichsbank die Kreditausweitung, insbesondere die Finanzierung der Ruestung durch die sog. Mifowechsel durchgefuehrt, weil sie sie fuer verantwortlich und notwendig hielt, und sie hat mit dieser Geldpolitik die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik d.h. die gewaltige Wirtschaftsankurbelung und die Ruestungsproduktion insbesondere erst ermoeglicht. Es war deshalb unlogisch und unbegruendet, wenn Dr. Schacht sich Ende Januar 1939 weigerte, weitere Reichsschatzwechsel zu diskontieren! Die Behauptung Schachts, dass die Wechselkredite 12 Milliarden RM nicht uebersteigen duerften, war nicht stichhaltig. Die Festlegung auf diese Summe war absolut willkuerlich. Der Fuehrer hat Dr. Schacht damals abgesetzt und, um aehnliche Vorkommnisse auszuschalten, sich selbst die Festsetzung der Summe vorbehalten, bis zu der die Reichsbank Schatzwechsel diskontieren musste. Die Reichsbank war dem Fuehrer direkt unterstellt. Sie wurde garnicht erst befragt wenn der Reichsfinanzminister vom Fuehrer eine Erhoehung der zu diskontierenden Schatzwechselsumme genehmigt erhielt zuletzt waren es 200 Milliarden RM: wovon aber bis zuletzt kaum mehr als die Haelfte diskontiert gewesen sein duerfte.

Mit dem Mittel der Diskontpolitik konnte die Reichsbank garnicht anfangen, da jede Diskontpolitik in einer Zeit fast hemmungsloser Kreditausweitung und der Entscheidungueber geldpolitischer Massnahmen auf Grund politischer Notwendigkeiten illusorisch sein muss. Dem Reichsbankdiskont kam unter diesen Verhaeltnissen lediglich eine preisbildende Bedeutung zu.

Punkt 2

Die Bemuehungen inflationistische Auswirkungen der Geldfuelle zu vermeiden, mussten sich in erster Linie auf die Preis- und Lohnpolitik erstrecken und auf die straffe Einhaltung des Bewirtschaftungssystems. Wenn die Preise stabil und die Loehne gehalten bliebe wenn die Mangelware nur gemaess den festgesetzten Zuteilungsmengen verkauft werden konnte, wenn durch Bezugsscheine und Kontingente ve hindert wurde, dass sich in der Wirtschaft grosse Laeger bildeten, so bestand de facto fuer die Währung keine Gefahr. Allerdings bl blieben die psychologischen Belastungen der Geldfuelle bestehen, d die Inflationsgefahr latent erscheinen liessen. Dass die Geldabund sich andauernd verstärkte, musste zu dem Schluss fuehren, dass die Besteuerung zu niedrig war. Daher waren der Reichsfinanzminister ich dauernd bemueht, Steuerhoehungen durchzufuehren. Je mehr das Reich durch Steuern an ueberschuessiger Kaufkraft abschoepfte, um geringer war die Inflationsgefahr. Je mehr das Reich durch Steue vereinnahmte, umso weniger brauchte es sich zu verschulden, umso weniger auch den Notenbankkredit in Anspruch zu nehmen.

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27 [illegible]ember 1958.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-62

[illegible] PUNKT

Aus den riesigen Einkommen[illegible] verbraucht wurden, ging deutlich hervor, dass die Besteuerung [illegible] Einkommensteile in Reichsschuldtiteln Anlage fanden, [illegible] verzinst werden mussten, gab das Reich auf diese Weise grosse Summen jaehrlich voellig unnoetig aus! Den Steuererhoehungsplaenen standen die Parteileitung und der Fuehrer selbst ablehnend gegenueber insbesondere wurde eine Erhoehung der Steuern bei den kleinen Einkommen aus politischen Gruenden fuer untragbar gehalten. Ohne die Belastung der kleinen Einkommen war jedoch eine ins Gewicht fallende und gerechte Steuererhoehung nicht moeglich, zumal mehr als 80% aller Steuerpflichtigen in dieser Gruppe lagen. Die relativ staerksten Einkommenserhoehungen waren ueberdies gerade in diesen Steuergruppen zu verzeichnen. Auch eine staerkere Besteuerung des Verbrauches war nicht durchzufuehren, obwohl eine derartige Belastung von der breiten Masse der Bevoelkerung verhaltnismaessig leicht zu tragen gewesen waere. Man verkannte voellig, dass das deutsche Volk in solchen steuerlichen Massnahmen eine Sicherung der Waehrung und der Sparguthaben erblicken musste, weil diese Steuererhoehungen von dem Bestreben getragen wurden die Ordnung in der Finanz des Reiches aufrechtzuerhalten und inflationistische Auswirkungen der Geldfuelle zu verhindern. Die einsichtigen Volksschichten verlangten geradezu Steuererhoehungen. Die politische Fuehrung untersagte sie!

Eine Ziffernausgabe ueber das neue oder zusaetzliche Geld, das im Kriege in Umlauf gebracht wurde, ist mir ohne Unterlagen nicht moeglich, wenn das Giralgeld mit einbezogen werden soll. Der Zahlungsmittelumlauf hat sich etwa verzehnfacht. Am Schluss des Krieges rechne ich mit 60 bis65 Milliarden RM Zahlungsmittelumlauf. In den letzten Monaten liefen die Nachweise ueber den Geld- und Geschaeftsverkehr der Reichsbank sehr verspaetet und z.T. ueberhaupt nicht mehr ein. Ein zuverlaessiges Bild ueber die letzte Entwicklung gibt es daher nicht.

Punkt 3

Zur Beantwortung dieser Frage (Bargeld- und bargeldloser Verkehr) bedarf ich ebenfalls Unterlagen, die mir nicht zur Verfuegung stehen. In den ersten Kriegsjahren war die Entwicklung zum bargeldlosen Verkehr wohl noch ansteigend. Spaeter trat die umgekehrte Richtung ein. Zum Schluss fanden infolge der schweren Stoerungen im Eisenbahn- und Postverkehr ueberhaupt kaum noch Ueberweisungen statt. Der Bargeldverkehr erfuhr eine gewaltige Steigerung.

Punkt 4

Die Bestimmungen des Bankgesetzes ueber die Deckung der Noten habe ich nicht im Kopfe. Die Deckung musste ausser durch Gold und Devisen durch Wechsel erfolgen. Der Warenwechselbestand der Reichsbank schwand immer mehr dahin. Ein kurzfristiges Kreditbeduerfnis bestand bei der Wirtschaft seit Jahren nicht. Die Wechsel waren wohl in der Hauptsache Bankwechsel, also keine echten Warenwechsel. Der Hauptgegenposten fuer die Noten waren naturgemaess Reichsschatzwechsel. Bei den Banken pflegte man eine Deckung der Depositen durch bar, Giroguthaben, Wechsel und sonstige erstklassige Liquiditaeten in Hoehe von 30 bis 40% als normal anzusehen.

Punkt 5

Hinsichtlich des Verhaeltnisses von lange und kurzfristiger Verschuldung des Reiches, vertrat ich den Standpunkt, dass die kurzfristige Finanzierung billiger, geraeuschloser und unbeschwert durch propagandistische Imponderabilien war. Bei Kriegsanleihen musste stets die Propagandamaschine in Gang gesetzt werden, und e[illegible] hätten die verschiedensten Erroterungen ueber die Kriegsfinanzier[illegible] stattgefunden, die mangels zuverlaessiger Unterlagen leicht zu Irrefuehrungen verleiten mussten. Die fruehere grundsaetzlich ve[illegible] schiedene Bewertung zwischen land- und kurzfristige Verschuldung war fast illusorisch geworden, da alle fruehern Wert- und Fundi[illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-0902-63

Walter FUNK

Punkt 5(ctd)

ungsbegriffe durch die Hecke der Verschuldung und die Verwirrung der Wertbegriffe im Ganzen sozusagen gesprengt waren. Zuletzt mag die Summe der kurzfristigen Verschuldung etwa ca. 100 Milliarden RM. Schatzwechseln und 150 Milliarden kurzfristigen Schatzanweisungen bestanden haben, zu denen ca. 150 Milliarden RM. langfristig begebene Schatzanweisungen hinzukamen (Schluss der Frage 5 bereits beantwortet)

Punkt 6

Ueber die Probleme der unverteilten Gewinne und der Reservenbildung befand ich mich in einer dauernden Kontroverse mit dem Reichsfinanzminister. Ich hatte als Wirtschaftsminister naturgemass ein Interesse an der Substanzerhaltung und Liquiditaet der Wirtschaft und war daher bestrebt Steuervorteile fuer die Gewinne herauszuholen, die nicht verteilt wurden und die Wegsteuerung der Substanz zu verhindern. Im ersten Punkte war der Finanzminister zeitweise entgegenkommend, aber immer wieder bemuecht, die Erleichterungen der § 3(?) des Steuerergaenzungsgesetzes wieder aufzuheben. Bei der Liquidation der Warenlaeger, ohne dass die Moeglichkeit neuer Auffuellung bestand, drohten insbesondere den Handels- und Handwerksbetrieben, aber auch der gesamten Konsumgueterindustrie durch die scharfe Besteuerung der Gewinne schwere Substanzverluste. In diesem Punkte war der Finanzminister grundsaetzlich ablehnend und verwies auf eine Regelung dieser Fragen in der Zeit nach dem Kriege. Sein Standpunkt ist vom fiskalischen Gesichtspunkt aus verstaendlich. Die Kontroverse blieb unerledigt. Immerhin habe ich erreicht dass in den Handelsbilanzen bis zuletzt nicht unerhebliche stille Reserven enthalten blieben.

Punkt 7

Das deutsche Volk hat eine Preisinflation solange nicht zu fuerchten brauchen, wie die Staatsautoritaet gesichert war und Disziplin und Ordnung aufrecht erhalten blieben. Das Volk hat den Versicherungen der Reichsfuehrung vertraut, dass der Wert der Sparguthaben nicht verloren gehen werde. In dem Masse jedoch, wie die militaerische Lage sich verschlechterte und die Wirtschaftskraft erlahmte, wurde naturgemass auch der Glaube an die Wertbestaendigkeit des Geldes und der Bank- und Sparguthaben erschuettert. Das Vertrauen in die deutsche Geldpolitik war eine der staerksten Stuetzen fuer den Glauben an einen guten oder wenigstens ertraeglichen Ausgang des Krieges. Auch als alles zusammenbrach bewahrte das deutsche Volk vorwiegend eine bewundernswerte Disziplin hinsichtlich der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften. Das Volk war sich bewusst dass eine Erschuetterung dieser Grundlagen zu einer alle Lebenswerte vernichtenden Inflation fuehren musste. Diese Tatsache muss der feste Ausgangspunkt fuer alle weiteren geldpolitischen Massnahmen sein, die es verhindern muessen und verhindern koennen, dass Deutschland in eine neue Inflation steuert, die toetliche Gefahren fuer das Leben des Volkes zur Folge haben musste. Das Bestreben einzelne sich durch Sachwertbesitz vor den Folgen einer Inflation zu schuetzen, spielt bei der Gesamtbeurteilung dieser Fragen keine irgendwie ins Gewicht fallende Rolle.

Punkt 8

Eine ruecklaeufige Tendenz im Abschluss von privaten Lebensversicherungen kennerst im Laufe des Jahres 1944 aufgekommen sein. Unterlagen besitze ich nicht. In die Versicherungswirtschaft kam durch die Massnahmen fuer den totalen Kriegseinsatz eine starke Unruhe. Die Einziehungen zur Wehrmacht und die Abziehung der Arbeitskraefte zur Ruestung gingen so weit, dass die Ordnung im Versicherungsgewerbe verloren zu gehen drohte. Eine geordnete

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27 September 1958.

ZS-0902-64

Versicherungswirtschaft war schliesslich nicht mehr moeglich, zumal Eingriffe einzelner Parteistellen (Gauleiter, Schwede-Coburg ordnete die Zusammenlegung aller Versicherungsunternehmungen in seinem Gaubezirk an!) eine unertraegliche und voellig unnoetige Verwirrung schufen.

Punkte 9,10,11 and 14

Die Kurse der Waehrungen der besetzten Gebiete, wurden an den bisher geltenden Valutakursen ausgerichtet. Es wurde die Kaufkraft des auslaendischen Geldes im Verhaeltnis zur Kaufkraft der deutschen Reichsmark (beides natuerlich an den Inlandspreisen), also an den beiderseitigen Preisen) gemessen und aks dann moeglichst ein Kurs festgesetzt, der im taeglichen Verkehr, insbesondere fuer die Truppe zweckmaessig, also moeglichst ein glatter Kurs war (5-10-20 etc) Hierbei wurde die Paritaet nicht immer vollkommen gewahrt. Wo die Paritaet unterschritten wurde, wie z.B in Frankreich war dies spaeter fuer die Aufrechterhaltung einer stabilen Wahrungsrelation Guenstig, da sich alsbald inflatorische Auswirkungen zu zeigen pflegten (allgemeine Beunruhigung, Substanzkaeufe der einheimischen Bevoelkerung, Lagerbevorratung, Hamsterkaeufe und in der ersten Besatzungszeit auch Aufkaufe der Truppe) Ich selbst habe mich stets mit allem Nachdruck fuer das Festhalten an dem einmal festgesetzten Kurse eingesetzt, und zwar gegen dauernde Widerstaende von politischer und militaerischer Seite. Sogar der Preiskommissar war merkwuerdigerweise in diesem Punkte mein Gegner, wobei aber wohl in der Hauptsache seine Stellung im Ruestungsministerium ausschlaggebend war. Die Wirtschaft und die Bankwelt standen uebrigens geschlossen auf meinem Standpunkt Unterstutzt wurde ich denkenswerterweise auch vom Oberkommando der Wehrmacht, obwohl sich dieser bei dieser Frage in Gegensatz zu den Befehlshabern setzen musste, die naturgemaess fuer Abweichungen waren damit die Truppen mehr kaufen konnten und die Beschaffungs- und Arbeitsschwierigkeiten wie sie - faelschlich - hofften, verringert wuerden. Mit Wahrungsmanipulationen allein kann man keine produktiven Werte schaffen. Jedes Abweichen von der stabilen Relation musste bei der allgemein labilen Lage in diesen Gebieten und bei der zunehmender Verknappung auf dem Gueterselktor zu einer progressiven Inflation fuehren, die die wirtschaftliche Ordnung zerstoeren, die Disziplin und Moral untergraben, die Auswertung der Arbeitskraefte und der Produktionsmoeglichkeiten der besetzten Laender beeintraechtigen und die Bezuege Deutschlands verringern und vertueuern mussten. Fuer die besetzten Laender selbst waere als einziges Plus eine Verringerung des effektiven Wertes der Besatzungskosten geblieben, bei denen allerdings diese Zustand wohl alsbald und alsdann in einem dauernden Unsicherheitsprozess beseitigt worden waere.

Bei den deutschen Truppen musste bei der Bemessung des Wehrsoldes vielfach eine mehr der Kaufkraft als der nominalen Relat angepasste Hoehe festgesetzt werden. Der Sold wurde dann allerdings nur teilweise ausbezahlt, um ungunstige Einwirkungen auf das Preisniveau und den Geldwert zuverhindern.

Das schwierigste Problem war Frankreich. Ich habe es unter Ueberwindung schwerer Attacken und fortgesetzter Bemuehungen von Staats- und Parteistellen dennoch erreicht dass die Relation f mark aufrechterhalten blieb und dass Aufkaufe reichsdeutscher Stellen auf den schwarzen Maerkten in Frankreich verboten wurd Unterblieben sind sie dennoch nicht! Die Maerkte Frankreichs waren zur Zeit der Besetzung reich ausgestattet. Es war sehr schwer gegen die Versuchung anzukaempfen, diese Maerkte in h losen Aufkaufen fuer die deutsche Bevoelkerung nutzbar zuma Allmaehlich gelang es einigermassen, in den deutsch-franzoes Wirtschaftsverkehr Ordnung und Disziplin hineinzubringen. A gesuendigt wurde hier intra et extra muros.

Declassified DOD Directive No. 5200.9, 27 September 1958.

ES-0902-65

Kursaenderungen fuer die besetzten Gebiete sind daher nirgends vorgekommen bis auf den Fall Daenemark, wo ich eine Aufwertung durchgesetzt habe, die von der Daenischen Nationalbank erbeten worden und von mir als gerechtfertigt anerkannt worden war. Die daenische Wirtschaft ist denn auch sehr produktiv und in Ordnung geblieben.

Dieselbe Einstellung wie bei den besetzten Gebieten vertrat ich hinsichtlich der Waehrungen der mit uns befreundeten Laender, insbesondere der suedosteuropaeischen Staaten. In diesen Laendern stiegen die Preise waehrend des Krieges fortgesetzt an, so dass eine schwere Diskrepanz zwischen den Preisen der Waren, die wir aus diesen Laendern bezogen, und den Waren die wir in diese Laender lieferten, entstand. Da wir in der Hauptsache Rohstoffe, insbesondere Agrarprodukte, aus diesen Laendern bezogen, fuer die wir als Gegenwert Maschinen und andere Fertigfabrikate hingaben, hinkten die deutschen Preise staendig nach, was der Hauptgrund fuer das Entstehen der Clearingsalden war. Diese Waren wurden spaeter geliefert, als die Agrarprodukte und Rohstoffe und ihre Preiskalkulation war meist laengst ueberholt, wenn sie geliefert wurden. Erst sehr spaet zogen wir allgemein mit den Preisen nach auf Grund eines besonderen globalen Verrechnungsverfahrens. Aber die Waehrungsrelationen blieben unveraendert um nicht von dieser Seite aus die vorhandenen Inflationstendenze zu unterstuetzen.

Auch bei diesen Laendern hatten wir ein fundamentales Interesse an der Aufrechterhaltung einer geordneten Wirtschaft und steigender Produktionsergebnisse. Die Voraussetzungen fuer eine Preisdisziplin waren allerdings in diesen Laendern nicht in dem Masse gegeben wie in Deutschland. Die Preise konnten deshalb auch nicht gehalten werden.

Einen besonderen Fall stellt Griechenland dar. Hier fehlten alle Voraussetzungen fuer die Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes und die Bevoelkerung hatte auf der anderen Seite alle psychologischen Voraussetzungen fuer inflationistische und spekulative Tendenzen. Die griechische Waehrung war nicht mehr existent, sondern nur noch fiktiv. Die Dienstleistungen fuer die Wehrmacht konnten nur noch durch effektive Warenlieferungen aus Deutschland einigermassen sichergestellt werden. Die Manipulationen mit dem Einsatz von wenigen Millionen Goldzahlungsmitteln mussten - darueber waren wir alle Beteiligten klar - nur einen kurze und sehr problematischen Erfolg haben.

Zu der Festsetzung neuer Waehrungskurse darf man erst dann uebergehen, wenn die Voraussetzungen fuer ein Festhalten des neuen Kurses gesichert sind. Im anderen Falle wird mehr Unheil ausgerichtet als vorueberhgehend geholfen werden kann. In Griechenland musste zunaechst die Wirtschaft einigermassen in Ordnung gebracht werden. Erst dann konnte man an das Waehrungsproblem herangehen.

Der deutsche Aussenhandel ist auch waehrend des Krieges auf einem bemerkenswerten Stand gehalten worden. Wertmaessig lagen die Aussenhandelsumsaetze im Jahre 1943 um ca 30% ueber den Friedensumsaetzen, mengenmaessig kamen sie nahe heran. Deutschland hat waehrend des Krieges viel mehr an hochwertigen Fabrikaten und Produkten ins Ausland geliefert, als allgemein angenommen wird. Es wurden Gebrauchsgueter und hochwertige Waren ins Ausland geliefert die laengst auf dem deutschen Markte verschwunden waren. Besonders bedrueckend war die Tatsache dass wir unserer Landwirtschaft, unserem Handwerk und unseren Hausfrauen die noetig gebrauchten und lange entbehrten Waren und Hauswirtschaftsartikel vorenthalten mussten, die wir immer noch dem Export, also dem Auslande zur Verfuegung stellten. Als die deutsche Produktion ganz auf die Ruestung umgestellt werden musste, traten natuerlich auch Verzoegerungen in der Belieferung des Auslandes ein. Schliesslich mussten auch die Kohlen- und Eisenlieferungen an das Ausland auf ein Minimum beschraenkt werden, da die Ruestung immer mehr beanspruchte und die zunehmenden Verkehrsschwierigkeiten schon aus Transportgruenden die Lieferungen fast unmoeglich machten. 1944 ist daher eine scharfe Schrumpfung des deutschen Aussenhandels eingetreten. 1945 hoerte er allmaehlich ganz auf.

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27

ZS-0902-66

Walter FUNK

Punkt 12

Deutschland war sehr zufrieden, wenn es aus dem Auslande die Rohstoffe und Waren beziehen konnte, die es zur Ernaehrung des Volkes und zur Aufrechterhaltung der kriegsnotwendigen Produktion dringend gebrauchte. Mir ist nicht bekannt, dass dieser oder jener Rohstoff oder diese oder jene Ware von Deutschland nur deshalb im Auslande gekauft wurde, um sie dem Gegner zu entziehen. Bei ausgesprochenen Ruestungsprodukten war die Konkurrenz an den auslaendischen Maerkten naturgemaess gross. Wolfram ist hierfuer wohl der beste Beweis. Naeheres ist mir nicht bekannt.

Punkt 13

Grossere Warenkredite erhielt Deutschland in der Schweiz und in Schweden. In der letzten Kriegszeit konnten soviel mir bekannt diese Kredite, soweit sie noch liefen, nicht mehr in Anspruch genommen werden, da die genannten Laender scharfe Massnahmen gegen jeden Handelsverkehr mit Deutschland durchfuehrten. Auch handelspolitisch war Deutschland am Schluss des Krieges voellig isoliert.

DECLASSIFIED-DOD Directive No. 5200.9, 27 September 1958.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv